

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich A. Meißnerfeld, Magdeburg, für Inserate Kammitenanzeigen u. Stellengesuche 8 Pf., Reklame 1 mm Höhe u. 60 mm Breite lokal 75, auswärts 80 Pf., Abdruck acht Zeilen im Voraus, Magdeburg. — Druck und Verlag W. Pfanntsch & Co., Magdeburg, Bernstr. Am Nordend 22861—22863, verloren, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 33 1/2 % monatlich tab. 12 Uhr 22951. Postzeitungsliste Seite 210. — Bezugspreis: Monatlich 2.80, Abnehmer 2.00 Mk., Einzelpreis 15, Aufschlag. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen bei nicht rechtzeitiger Aufgabe keine Gewähr. Post-Erscheinungstag 20 Pf. — Anzeigenpreise für die Hauptausgabe: 1 mm Höhe u. 27 mm Breite lokal 13, auswärts 15 Pf., vorchrift unverbindlich. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto 122 Magdeburg (W. Pfanntsch & Co., Magdeburg).

Nr. 12

Mittwoch den 15. Januar 1930

41. Jahrgang

Außenpolitik auf eigene Faust

Schacht ludendoresfelt im Haag

Änderung des Reichsbanks-Statuts notwendig

Haag, 14. Januar. Das Eintreffen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht im Haag hat pünktlich zu dem vielfach prophezeiten großen Krach geführt. Schacht hat dem Vorsitzenden erklärt, daß sich die Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen nicht beteiligen werde.

Die deutsche Delegation, der die Erklärung Schachts nicht mehr ganz unerwartet kam, beschloß, an Stelle der Reichsbank eine Gruppe anderer deutscher Banken zu delegieren.

Bei den ausländischen Delegationen hat das Vorgehen Schachts wesentlich dazu beigetragen, die gereizte Stimmung gegen den Reichsbankpräsidenten sowie die Vorstellung, daß dieser doch eigentlich der leitende Mann Deutschlands sei, zu verstärken. Der Ärger über seine Duer-treiberei ist um so größer, als gerade am Montag sowohl in den finanziellen Fragen wie auch in der sogenannten Sanktionsfrage im wesentlichen eine Einigung erzielt worden war.

Der Krach in Haag begann mit der Verlesung eines Schreibens von Schacht an den Vorsitzenden der Reparationskommission für die Internationale Bank. Die unter dem Vorsitz des Amerikaners Reynolds tagt. Das Schreiben besagt im wesentlichen, die Reichsbank müsse ihre Mitwirkung von der Erfüllung dreier Bedingungen abhängig machen: 1. Unveränderte Annahme des Young-Planes, 2. Überprüfung der mit England und Polen geschlossenen Liquidationsabkommen im deutschen Sinne, 3. Verzicht auf politische und militärische Sanktionen.

Angeblieh soll hinsichtlich des zweiten Punktes das Schreiben sogar die Wendung enthalten, daß sich Schacht nicht an einen Aufsichtsratsstisch mit Leuten zusammensetzen könne, die das private Eigentum nicht reibek-tierten.

Reynolds fragte nach Verlesung des Schreibens den Reichsbankpräsidenten, wie er zu diesem Briefe stehe. Schacht antwortete kurz, daß er bei seinem Inhalt bleibe. Darauf entstand ein heftiger Wortwechsel, und die Sitzung lag nach kaum dreihundertjähriger Dauer unter allgemeinem Krach auf.

Als die deutsche Delegation von dem Verlauf der Dinge unterrichtet wurde, trat sie zu einer Beratung zusammen und beschloß, vorzuschlagen, daß die Reichsregierung mit einem andern deutschen Bankkonzernium zusammen-treten würde, das an Stelle der Reichsbank sich an der Bank für internationale Zahlungen beteilige.

Diesen Vorschlag unterbreitete Curtius in einer Sitzung der sechs einladenden Mächte, die nur knapp 4 Stunde dauerte. Lardieu erklärte, daß die Gläubiger-mächte diese deutsche Anregung annehmen; es handle sich um einen Konflikt, den die Reichsregierung mit Dr. Schacht allein auszutragen habe und die Gläubiger-mächte nichts angehe, den Gläubigern könne es gleichgültig sein, ob die Mitarbeit an der Internationalen Bank von der Reichsbank oder von einem andern deutschen Bankkonzernium erfolge.

Snowden erklärte in einer Sitzung der sechs Mächte: „Dr. Schacht geht mich nichts an. Er ist kein Mitglied der deutschen Delegation und wird nicht im Namen der deutschen Regierung. Die Konferenz geht weiter, als ob nichts geschehen sei.“

Infolge dieser Zustimmung zu ihrem Vorschlag betrachtete die deutsche Delegation die akute Gefahr einer Sprengung der Konferenz durch Herrn Schacht als beigelegt.

Die deutsche Delegation hat weiter Herrn Schacht Har-gemacht, daß die Forderungen seines Briefes an Reynolds politischer Natur seien und daß er seine Kompetenzen entschieden überschritten habe. Schacht antwortete mit dem gleichen Argument wie bereits in der Sitzung des Organisationskomitees, daß es sich nicht um Fragen der Politik, sondern um Fragen der Moral handle und so weiter. Man teilte Schacht mit, daß man nunmehr sich an andre Banken wenden werde. Er erklärte, daß er keine Einwendungen dagegen erhebe, obwohl er an sich dazu berechtigt wäre, da es sich um die Placierung deut-

schen Kapitals im Auslande handle; er werde jedenfalls auf diese Art der Verantwortung ledig.

Die vier Minister beschlossen, unverzüglich an die Reichskreditgesellschaft und die Preussische Seehandlung heranzutreten, damit diese die Aufgaben bei der Gründung der Internationalen Zahlungsbank über-nehmen, die ursprünglich der Reichsbank zugeordnet waren. (Man rechnet eventuell auch mit der Mitwirkung des Bank-hauses Warburg, Hamburg.)

Mit diesem Vorschlag begab sich die deutsche Delegation in die Sitzung der Gläubiger-mächte. Der deutsche Vorschlag löste nur eine kurze Diskussion aus. Lediglich der Ita-

liener erhob einen Einwand, nämlich, daß die Bestim-mungen des Young-Planes, wonach auch andre als staat-liche Bankinstitute sich beteiligen sollten, eigentlich nur für die Vereinigten Staaten und Japan gedacht wären. Aber dieser Einwand wurde schnell wieder fallengelassen und alle Mächte erklärten sich mit dem deutschen Vorschlag einver-standen unter Betonung, daß es sich um einen rein in-nerdeutschen Konflikt zwischen der Reichsregierung und Dr. Schacht handle. Weiter erklärten die Minister der Gläubiger-mächte, daß sie sich jede politische Einmischung des Dr. Schacht verbitten, und daß die Konferenz ihre Arbeit fortsetzen würde, als ob Dr. Schacht nicht existiere.

Schacht in Schach halten!

Das Reichskabinett ist versammelt - Beratungen mit der preussischen Regierung

Berlin, 14. Januar. Das Reichskabinett tritt heute zu einer Sitzung zusammen. Da der Staatssekre-tär im Reichsfinanzministerium, Dr. Schäfer, aus dem Haag in Berlin eintrifft, ist damit zu rechnen, daß das Kabinett sich über die Haager Vorgänge Bericht erstatten und zu ihnen Stellung nehmen wird.

Gleichzeitig finden heute vormittag zwischen den zu-ständigen Regierungsstellen und der Generaldirektion der Preussischen Staatsbank, der sog. Seehandlung, Be-ratungen über die Beteiligung der Staatsbank an der Inter-nationalen Reparationsbank statt. In diesen Beratungen ist auch die preussische Regierung führend beteiligt, weil nicht nur das gesamte Kapital der Seehandlung sich im Besitze des preussischen Staates befindet, sondern auch für alle Geschäfte und Verbindlichkeiten der Seehandlung eine Haftung Preussens besteht.

Außerdem wird mit der Reichskreditgesell-schaft, deren gesamtes Aktienkapital sich im Besitze des Reiches befindet, verhandelt werden.

In irgendwelche Privatbanken ist die Reichsregie-rung bis zur Stunde noch nicht herangetreten.

In Berliner Finanzkreisen hat die durch Dr. Schacht hervorgerufene Krise einen sehr unangenehmen Eindruck er-weckt. In der Berliner Börse machte sich heute zu Beginn eine sehr starke Verstimmung bemerkbar, für die kenn-zeichnend ist, daß Reichsbankanteile um mehr als fünf Punkte im Kurse zurückgingen. —

Das Reichskabinett wird sich darüber schlüssig werden müssen, welche Forderungen in bezug auf Ab-änderungen des Reichsbank-Statuts im Haag erhoben werden müssen.

Einmütige Zurückweisung in der Presse

Berliner Pressestimmen

Zur Schacht-Krise nimmt der „Vorwärts“ mit fol-genden Ausführungen Stellung:

„Der Augenblick fordert eine klare Sprache. Es ist un-vorstellbar, daß sich ein Diktator Schacht oberhalb einer deut-schen Reichsregierung befestigen könnte, in der vier Sozial-demokraten sitzen. Die Sozialdemokraten in der Regierung müssen dafür sorgen, daß diesem blamablen Zustand sofort ein Ende gemacht wird. Können sie das nicht, so können sie nicht weiter die Verantwortung mittragen. Es geht jetzt um den Staat selbst. Der Staat verliert seinen Anspruch auf Autorität nach unten, wenn er sie nicht auch nach oben zu wahren versteht.“

Die Schnelligkeit, mit der die Reichsregierung sich entschlossen hat, eine andre Bankgruppe einspringen zu lassen, berechtigt zu einigen Hoffnungen. Leider bleibe jedoch manches, was sich in den letzten Tagen abgepielt habe, sehr unverständlich. Schachts Brief sei der Reichsregierung seit dem 31. Dezember bekannt gewesen. Man habe trotzdem mit ihm weiter verhandelt und an-scheinend sogar jetzt noch im Haag Verjüchte unternommen, ihn umzustimmen. Schacht sei auf seine Weigerung hin, in die Inter-nationalen Bank einzutreten, nicht sofort nach Hause geschickt worden, sondern er nehme an der Arbeit des Organisations-komitees weiter teil. Sollte er nun auch noch an den Verhand-lungen über das künftige Statut der Reichsbank teilnehmen?

Die Unabsehbarkeit des Reichsbankpräsidenten, so schließt der „Vorwärts“ seine Betrachtungen, ist eine Fessel, die uns durch den Dams-Plan auferlegt worden ist. Die deutsche Delegation hat hundertmal recht, wenn sie die Befreiung von

dieser Fessel fordern will. Wird sie es tun? Das deutsche Volk wird sich eine Diktatur Schachts unter keinen Umständen gefallen lassen. Es ist genug und übergenug!“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ beantwortet diese Frage bereits mit Ja, indem sie sich aus dem Haag melden läßt, daß die deutsche Delegation im Einvernehmen mit dem Reichskanzler beschlossen habe, auf der Haager Konferenz offiziell die Abänderung des Entwurfs über das neue Reichsbank-Gesetz im Sinne der Einschränkung der Rechte des Reichs-bankpräsidenten zu beantragen.

Das „Berliner Tageblatt“ verlangt, daß mit aller Entschiedenheit dagegen Einspruch erhoben werde, daß der Präsident der deutschen Reichsbank sich wiederum in die deut-sche Außenpolitik einzumischen gedenkt, noch dazu mit Forderungen, die im jetzigen Stadium völlig aussichtslos und anscheinend nur dazu bestimmt sind, ihn als den starken Mann erscheinen zu lassen, der mit der Faust auf den Tisch schlägt.

In der „Rössischen Zeitung“ heißt es: Sowohl die Auffassung in englischen und französischen Kreisen über den Zwei-schenfall als auch die energische und entschlossene Haltung der deut-schen Minister gegenüber dem Reichsbankpräsidenten, die nicht ge-nug herborgehoben werden kann, als auch schließlich der materiell- und grundsätzliche Erfolg der Gesamtkonferenz bestätigen, daß dem Zwischenfall in Deutschland selbst keinerlei übertrie-bene Bedeutung beigegeben werden darf. Die innerpoliti-sche Ausstrahlung dieser Angelegenheit ist eine Frage für sich.

Die „Germania“ bezeichnet es in ihrem Haager Bericht als unwahrscheinlich, daß die deutsche Öffentlichkeit einem Zu-stand weiter ertragen wird, der das Gegeneinanderregie-

Kleine Chronik

Explosion in einer Methylenfabrik

Am Montag nachmittag ereignete sich im Industriegebiet in Dresden ein schweres Explosionsunglück. In der Füllstation der Sächsischen Methylenfabrik explodierte plötzlich aus noch unbekannter Ursache eine Stahlflasche mit Methylen und zertrümmerte das Gebäude vollständig.

Die Trümmer bedecken den ganzen weiten Fabrihof. Das Dach wurde in die Höhe gehoben, und dann auf den Boden geschleudert. Bei der Explosion kam ein Arbeiter ums Leben, zwei andre wurden schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft.

Die Hungersnot in China

Zu London, 14. Januar. Das Hungersnotgebiet in der Zentralprovinz Schensi im nordwestlichen China dehnt sich weiter aus. Von einer Bevölkerung von 6 Millionen Menschen sind im Laufe der letzten 12 Monate nach zuverlässigen Schätzungen zwei Millionen an Hunger gestorben und weitere zwei Millionen sind — wie man befürchtet — in der Zeit bis Juni d. J. dem gleichen Schicksal verfallen.

Diese Angaben stützen sich auf Mitteilungen eines Sonderdelegierten der Internationalen Hungersnot-Kommission, die nach einer eingehenden Untersuchung der Verhältnisse an Ort und Stelle seinen Bericht zurückgeschickt hat. In dem Bericht der Kommission wird darauf hingewiesen, daß sich in einigen Bezirken die Bewohner nur noch mit Wurzeln und Abfällen aller Art ernähren. Auch das Mittel des Verkaufs der Kinder, zu dem zahlreiche Eltern ihre Zuflucht ergriffen, erweist sich als unwirksam. Große Teile der Bevölkerung erwarten ihren jünger Tod in völliger Verzweiflung, andre schlössen sich Wandern an, deren Tätigkeit die Notlage des Hungersnotgebiets noch vergrößert.

Die Schrecken der Hungersnot würden weiterhin noch durch einen sehr schweren Winter vermehrt, wie er seit 40 Jahren nicht mehr zu verzeichnen war. Die Ursache der Hungersnot wird in drei ununterbrochenen Missernten seit 1927 gesehen.

Die Dame im Räuberauto

Am Montagmittag wurde auf den 70jährigen Kassenboten der Berliner Zentralbank, Otto Rütke, der gerade Geld von der Reichsbank geholt hatte, Unter den Linden Ecke Ledeburstraße ein räuberischer Überfall verübt. Der Verbrecher entriegelte ein geblocktes Auto und machte zunächst den Versuch, dem Boten die Geldtasche zu entreißen. Der Bote wehrte sich, woraufhin der Räuber verjagte, mit einem Schlagring die Hand Rütkes zu verletzen. Als auch das nicht gelang, versuchte er sein Opfer niederzuschlagen.

Passanten wurden auf den Vorfall aufmerksam und eilten dem Bedrohten, der trotz heftiger Schmerzen keine Mientafche, die mehrere tausend Mark enthielt, nicht losließ, zu Hilfe. Als der Verbrecher sich in Gefahr sah, schwang er sich eilends wieder in das elegante Privatauto, in dem noch eine verschleierte Dame saß, und fuhr davon. Man konnte noch die Nummer des Autos lesen. I A 18 472. Die polizeilichen Feststellungen ergaben, daß diese Nummer gefälscht ist. Der Wagen I A 18 472 gehört einem Berliner Motorradhändler in der Großen Frankfurter Straße, steht grau aus und stand zur Zeit des Überfalls in der Garage.

Brüder Saß in Freiheit

Am Montag sind die beiden Brüder Franz und Erich Saß, die des Treibschloßens am Berliner Wittenbergplatz stark verdächtig, aber nicht überführt sind, wieder aus der Haft entlassen worden.

Ihre Festnahme erfolgte Ende der vergangenen Woche im Hof eines Hauses in der Birkenstraße in Moabit, nachdem vorher auf dem Luisenkirchhof am Eingang eines unterirdischen Stollens zwei Männer beobachtet worden sind, die man für die Brüder Saß hielt.

Die Polizei konnte aber den verdächtigen Brüdern, die sich bei ihren Vernehmungen standhaft ausschwiegen, weder die tatsächliche Identität mit den nächtlichen Kirchhofbesuchern noch sonst eine strafbare Handlung nachweisen.

Schiffskatastrophen im Sturm

Englischer Dampfer gesunken

20 Tote

Das englische Marine-Schleppschiff St. Genny ist gestern Abend nordwestlich von Ushant in Südwestengland im Sturm gesunken. Wie die Admiralität bekanntgibt, haben 20 Mann der Besatzung den Tod gefunden, während fünf gerettet werden konnten. Das untergegangene Schiff war ein Beischiß des Schlachtkreuzers Repulse.

Auch von verschiedenen Dampfern im Kanal sind in England Hilferufe aufgefangen worden. Der italienische Dampfer Viana befindet sich in Seenot und Schlepper versuchen, ihn an die Küste zu bringen und zu verankern, da es in dem wütenden Orkan unmöglich ist, den Hafen von Dover zu erreichen. An der Südküste treibt der Dampfer Amphica hilflos vor den Wellen. Vorrübergehend ist hier eine Windgeschwindigkeit von 120 Meilen festgestellt worden.

Bei der Einfahrt von Le Havre wurde das von drei Personen besetzte Motorboot Adriote vom Orkan auf eine Sandbank geworfen, so daß es binnen kurzer Zeit sank; die Besatzung ertrank.

In der Nähe von Cherbourg scheiterte das Fischerboot Marie Madeleine auf einem Felsenriff; von der Besatzung konnten nur zwei Mann gerettet werden.

Orkan an der deutschen Wasserfront

Sturmflut an der Unterelbe

An der Nordseeküste rast seit Sonntag Abend wieder ein Orkan. Unaufhörlich dröhnen Wellen auf die Küste, die Sturmfluten anfündigen. Im Gebiet der Ebenniederungen werden Heberschwemmungen befürchtet. Mehrere Schiffe auf See haben Schlagseite bekommen.

Durch den Südweststurm ist der Wellengang im Hamburger Hafen so hoch geworden, daß zwei Schuten, die eine mit Zink, die andre mit Futtermehl beladen, vom Wasser schlugen und sanken. Auf der Unterelbe sind etwa 50 Dampfer vor Anker gegangen, die sich vor dem Sturm in Sicherheit gebracht haben.

Die Straßen, die zum Hamburger Hafen führen, sind vom Hochwasser überflutet. Die Kellerwohnungen mußten von den Einwohnern geräumt werden.

Feuerschiff abgetrieben — Pferde über Bord gespült.

Zu der Elbemündung hat das plötzlich und mit aller Kraft einsetzende Unwetter u. a. einen Bruch der Ankerkette des Feuerschiffes Elbe I verursacht, das abgetrieben wurde. Gegenwärtig ist man noch damit beschäftigt, das Schiff wieder an seinen alten Liegeplatz zu bringen. Auf der Elbe sind durch Wind und Seegang und vor allem durch den hohen Wasserstand fast sämtliche Leuchtbojen bis nach Rughaben abgetrieben, eine Erleuchtung, die in den letzten Jahrzehnten überhaupt nicht vorgekommen und die für die Schiffe des Unwetters kennzeichnend ist. Im ganzen sind zehn Leuchtbojen abgetrieben. Wie von behördlicher Seite betont wird, geht der Verkehr auf der Elbe ungehindert weiter.

Bei Leuchtboje B querab von Brunshüttel ist ein Fahrzeug gesunken, dessen Name noch nicht ermittelt werden konnte. In Rughaben sind im Ankerhafen eine Anzahl schwer havariierter Schiffe eingelaufen. Der finnische Dampfer Pallona hat beide Anker und Ketten verloren. Dem polnischen Dampfer Rewa ist in dem schweren Seegang ein großer Teil seiner Deckaufbauten zertrümmert worden. Das Schiff, das eine Anzahl Pferde an Deck stehen hatte, hat eine furchtbare Meise hinter sich. Vier Pferde wurden über Bord gewaschen. Der deutsche Dampfer General ist mit großer Schlagseite und Heberschwamm in der Elbe angekommen. Ein Mann der Besatzung ist über Bord gespült worden.

Flugzeug abgestürzt.

Am Hamburger Flughafen ereignete sich am Sonntagnachmittag ein schweres Flugzeugunglück. Die Kämerer-Ehrung hatte kurz vor Weichhagen ein hochwertiges Sportflugzeug, einen zierlichen Doppeldecker mit 350 Kilogramm Schwerkraft herausgebracht, der auf seinen ersten Probefahrt ausgedehnten Flugeigenschaften zeigte. Bei einem Probeflug, der am Sonntagnach-

mittag von dem Piloten Jonas ausgeführt wurde, geriet das Flugzeug in einen starken Südweststurm. Es wurde aus einer Höhe von 60 bis 80 Metern zu Boden gedrückt und vollständig zertrümmert. Der Flugzeugführer wurde verletzt und starb nach seiner Einklieferung ins Krankenhaus.

Ein Dach fliegt weg

Am Montag wüteten orkanartige Stürme über Berlin. Kurz vor 8 Uhr nachmittags rief der Alarm „Gauzeinsturzgefahr“. Die Feuerwehrt nach der Herzbergstraße in Berlin-Lichtenberg, wo der Sturm auf der Dachfläche der Womag (Berliner Elektrizitätswerke AG) eine Dachfläche von 250 Quadratmeter abgedeckt hatte. Die Fläche wurde auf das Dach einer Montagehalle getrieben.

Sturmchäden in Holland

Ein furchtbarer Nordweststurm hat in Holland großen Schaden angerichtet. In Amsterdamb trat der Sturm so stark auf, daß an drei verschiedenen Stellen der Stadt mehrstöckige Mietshäuser von den geängstigten Bewohnern geräumt werden mußten, da sie bedenklich zu schwanken begannen. In den Außenstädten, wo sich zahlreiche Neubauten befinden, wurden hunderte von Dachziegeln wie Federn durch die Luft geschleudert und sehr viele Schaufenster eingedrückt. Ein Auto, in dem außer dem Chauffeur zwei Personen saßen, paßierte den viele tausend Kilogramm schweren Clempator der Amsterdamer Ballastgesellschaft gerade in dem Augenblick, als dieser donnernd zusammenstürzte. Der Geistesgegenwart des Chauffeurs war es zu danken, daß nur der hintere Teil des Wagens getroffen und niemand verletzt wurde.

In Hengelo, im Osten des Landes, trat der Sturm so heftig auf, daß ein Haus zum Einsturz gebracht wurde. Die Bewohner konnten sich retten. In Delfried wurde eine Kornmühle umgeweht. Sie stürzte auf das Haus des Mühlensetzers. Die Bewohner konnten sich retten, während Wohnhaus und Mühle einen Trümmerhaufen bilden.

Bei dem Leuchtturm Goksdorp strandete infolge des Sturmes der lettische Dampfer Skauts, in unmittelbarer Nähe etwas später der italienische Dampfer Macado. Die Mannschaft des italienischen Dampfers konnte sich in Booten retten. Dem lettischen Dampfer suchte ein Rettungsboot bis Montag Abend vergeblich Hilfe zu bringen. Nordwestlich der Insel Zegel wurde ein steuerloses Schiff entdeckt. Im Kanal fanden drei Schiffe, darunter in der Nähe der Gemeinde Bratel der deutsche Schlepper W. L. H. G. Nr. 76. Die Besatzung dieser Schiffe konnte gerettet werden.

Auf der elektrischen Linie Rotterdam—Haag wurde durch Bruch eines Leitungsdrabtes zeitweilig der ganze Verkehr unterbrochen. Auf der viel befahrenen Linie Rotterdam—Gonda trat eine Senkung des Eisensbahnstroms ein, die sich über eine große Strecke ausdehnt und den ganzen Verkehr in Richtung Rotterdam-Utrecht und weiter nördlich lahmlegte.

SOS-Rufe

An der holländischen Küste sind mehrere italienische Dampfer in Seenot. Sie haben drastisch Hilfe erbitten, ebenso ein griechischer Dampfer, der bei Beach Head SOS-Rufe ausschickte. Ihm ist die Ruderleitung zertrümmert. Bergungsdampfer sind ihm zu Hilfe geeilt.

75 Todesopfer von Schneestürmen. Die Mittel- und Westküsten werden seit mehreren Tagen von ungewöhnlich heftigen Schneestürmen heimgesucht. Bisher wurden 75 Todesopfer gemeldet. Auch aus Kalifornien kommen Meldungen über strenge Kälte. Zahlreiche Drahtleitungen sind unterbrochen.

Ein achtjähriges Mädchen verschwunden. Die achtjährige Tochter des früheren Mühlensetzers Bernhard Raabe in Altkreek in der Neumarkt reiste am Neundacht am ersten Weihnachtstagsfesttag nach Berlin, wo sie Verwandte besuchen sollte, aber bis heute noch nicht eingetroffen ist.

Vor dem Selbstmord vom Herzschlag getötet. Der Buchhalter Seidler aus Domgarien (Mecklenburg) war durch den Verlust seiner Gattin und durch lange Krankheit schwermütig geworden und beabsichtigte, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Gerade als er im Walde die Waffe gegen sich richten wollte, wurde er von einem vorübergehenden Dachnachbar überrascht. Vor Schreck erlitt Seidler einen Herzschlag und starb kurze Zeit darauf.

Therese Etienne

Roman von John Knittel

Copyright by Orell Füssli Verlag, Zürich und Leipzig.

(80. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Oh ja! Natürlich!“ lächelte er. „Ich dachte zuerst, Ihr sprächet von meiner Frau Müller. Ich habe noch keine. Aber bald, eines Tages, man kann nie wissen... Aber Frau Müller geht es ganz gut. Ich dachte, sie wäre vielleicht heute bei Euch gewesen. Zumindst sagte sie mir, sie würde hinuntergehen. Die Mäuse sind uns in die hölzernen Maffkarantille geraten.“

„Ich weiß! Minna ist hier gewesen. Und der Fuch hat eine neue Mäse hinübergebracht.“

„Ich muß jetzt gehen“, sagte Steiger. Er nickte Frau Bühler und Gottfried zu.

„Partiet einen Augenblick, Herr Steiger“, rief Gottfried. „Ich komme mit Euch.“

Er steckte seine Zigaretten in die Tasche und verließ gemeinsam mit Herrn Steiger den Laden.

„Nun“, sagte er draußen vor der Tür, „ich möchte gern, daß Ihr mit mir in den Waren kommt und vor dem Essen ein Glas trinkt. Ihr verzieht mich doch? Schon als Jutir hier ist, geht einmal zusammen mit einer Amtsperson von Euerem Schlag.“ Steiger sah Gottfried etwas überrascht an, während dieser ganz unermittelt lächelte.

„Nun mir leid, Herr Müller“, sagte Steiger und räumte seine Hände wegs. „Ich muß nach Hause. Meine Frau hat das Essen fertig, und auch die Kinder sind schon zurück. Die Suppe wird kalt, wenn ich jetzt in den Waren gehe. Ein andermal, Herr Müller! Ihr entschuldigt mich doch hoffentlich!“

„Schön, ich entschuldige Euch. Ein andermal! In einem der nächsten Tage komme ich in den Waren. Vielleicht übernehme ich gulest auch Vaters Stammsitz, aber jetzt noch nicht! Es wäre ein bißchen zu reich nach meinem Tod.“

Er schüttelte Steiger die Hand und ging seines Weges.

„Esel! Esel! Esel!“ murmelte er vor sich hin. „Was wird das nächste sein, was du tust? Daß du deine ganze Affäre in Vaters Büro an die Wand nagelst? Daß du sie von den Decken lösest?“

Mit gehobtem Blicke sah er sich um. Steiger spazierte friedlich in die entgegengesetzte Richtung. Gottfried heulte den Hochstapler hoch und beschleunigte seinen Schritt. Unterwegs trat er nach hinten und jenseit, zog mit übertriebener Vorsichtlichkeit seinen Hut und eilte weiter. Bald darauf erreichte er das Haus in einem Zustand völliger Erschöpfung.

NLVI.

Therese sah im Wohnzimmer und wartete auf ihn. Sie las ein Buch. Das Lesen war ihr zu einer richtigen Leidenschaft geworden. Wenn ihre zahlreichen Pflichten ihre Zeit nicht in Anspruch nahmen, oder wenn sie nicht gerade spazieren ging, sah sie bei der Lesetüre. Sie sah gut aus, und aus ihren Mienen schienen Ruhe und Gelassenheit zu sprechen, obgleich sie manchmal ihr Buch hinlegte und mit besonnenen Augen durchs Fenster starrte. Als Gottfried ins Zimmer trat, erhob sie sich langsam und streckte ihm ihre weiße Hand entgegen. In einem ihrer Finger glitzerte ein wertvoller Smaragdtring. Er zog sie langsam an sich, und sie küßten einander. Dann setzten sie sich zu Tisch.

Er haßte nach ihrer Hand, zog sie über den Tisch und legte seine Wangen darauf.

„Nur so fühle ich mich glücklich“, murmelte er. „Nur wenn ich dich bei mir habe, wenn ich dich so fühle. So vergesse ich alles. Du bist mein einziger Trost, weil du mich verstehst. Oder nicht?“

Sie preßte den Handrücken gegen sein Gesicht. „Aber“, sagte sie, „du wirst doch wohl heute etwas essen können?“

„Ich weiß nicht. Ich fühle mich eigentlich fast zu krank. Wenn ich nur so sein könnte, wie all die gewöhnlichen Alltagsmenschen.“

„Wie ist?“

„Du bist kein Alltagsmensch, Therese. Nein, ich meine zum Beispiel Jutir. Ich bin überzeugt, er jagt alle großen Gefühle zum Teufel, hält es für ungesund, sich den Empfindungen hinzugeben und kogniert sich damit, aus seinem Leben eine gewöhnliche Angelegenheit zu machen. Es würde für mich ein großer Vorteil sein, wenn ich weniger geföhlt wäre, glaube mir.“

Lutze brachte das Essen herein: Gajensjeffer mit Nohannisebeergesele, gefochten Kartoffeln und Kollohl. Gottfried zog schnüffelnd den würzigen Duft in die Nase, und ein freundiger Schimmer trat in seine Augen.

„Ich glaube, ich habe endlich einmal Appetit“, sagte er.

„Stell alles auf den Tisch, Lutze“, befahl Therese.

Lutze gehorchte und verließ stumm das Zimmer.

Therese hocherte in der Kaffeekeule herum, um ein besonderes Stück für Gottfried herauszufinden. Sie füllte seinen Teller und schob ihn zu ihm hinüber. Dann bediente sie sich selbst. Er machte sich leicht über sein Essen, aber nach ein paar Wippen machte ihn der Heberschwamm.

„Nein, — es geht nicht.“

Er sah, wie Therese mit ihren weißen Zähnen in eine halbe Brotkrumme biß. Ihre Lippen knabberten an der Krume, während sie die Schnitte mit ihren Fingern wegzog. Die ganze

Freiße ihrer Jugend offenbarte sich in der Art und Weise ihres Essens.

„Worüber denkst du jetzt nach? Ich, Liebling, ist!“

„Ich kann nicht“, murmelte er und schob den Teller beiseite.

„Wenn ich nicht bald wieder regelrecht schlafen kann, werde ich verrückt. Ja, Therese, es ist eine fonderbare Sache, wie die Suße ganz von selbst begonnen hat und immer weiter und weiter geht.“

Sie warf ihm einen langen, forschenden Blick zu, voll unendlicher Güte.

„Du mußt dich ein bißchen hinlegen“, sagte sie. Versuche ein wenig zu schlafen.“

„Ich will nicht“, erwiderte er. „Diese nachmittäglichen Aufstündchen sind die Ursache meines zertrümmten Schlafes.“

„Du mein Gott! Wenn ich mit diesem ewigen Nachdenken aufhören könnte, dann wäre ich bald wieder der alte. Aber du weißt, wie die Dinge mit mir stehen. Es ist wie ein höllischer Fluch und wird noch zu irgendeiner verhängnisvollen Torheit führen. Heute wäre ich beinahe auf offener Straße in Ohnmacht gefallen, und ich weiß gar nicht mehr, was für Dummeheiten ich getan habe.“

„Ich habe mir bei den Bühlers Zigaretten gekauft und mit dem Polijäten geschmeißt, und der Fenster soll mich holen, wenn ich mich jetzt noch erinnern kann, was ich zu den beiden gesagt habe.“

Therese biß sich auf die Unterlippe.

„Hoffentlich hast du nichts Unvorsichtiges gesagt“, rief sie hastig.

„Nein, sicherlich nicht! Denn das wäre unmöglich. Nein, nein! Weißt du, es steht sicher in mir noch ein zweiter Mensch, ein Kerl, so kräftig, daß er mich immer davor bewahren wird, irgend etwas Dummes zu sagen, selbst wenn ich in Fieber irrede oder aus einer Ohnmacht erwache. Gleichsam — wie soll ich sagen — ein zweites unbewußtes Ich.“

Er trieb einen Seufzer aus.

„Manchmal, sage ich dir, sieht alles so einfach aus, daß ich mir an die Stirn schlage und mich wundere, wie die Leute so gar nicht trübsand sind, zwei und zwei zusammenzureimen. Es ist so klar! Da sind wir beide, und er ist weg! So klar! O Gott!“

Sein Kopf sank nach vorn und seine Augenlider zuckten langsam auf und ab.

„Gottfried“, sagte Therese nach einem Augenblick des Zögerns, „ich werde dir etwas Kamillentee machen und dich ins Bett paden. Du mußt versuchen, zu schlafen.“

„Gern werde ich's versuchen“, sagte er.

„Also komm — komm! Ich schicke Lutze am Nachmittag auf die Schilfstrasse.“

Therese erhob sich langsam, schritt um den Tisch herum und half Gottfried aus dem Sessel.

(Fortsetzung folgt.)

Vor dem Einzelrichter

Von der Herberge - ins Gefängnis

Zwei junge Menschen, Hans und Otto, 19 und 21 Jahre alt, waren beide seit längerer Zeit arbeitslos. Einer aus Berlin, der andere aus Fernburg. Der ist Optiker von Beruf. Gutes Aussehen, gute Kleidung, Gewandtheit — auch in der Sprache. Lange Arbeitslosigkeit brachte ihn — den Otto — auch schon einmal wegen Diebstahls ins Gefängnis. Als er rauskam, mietete er für das im Gefängnis erarbeitete Geld ein möbliertes Zimmer. Suchte hier im Versuch oder sonst wie und was an Arbeit. „Woher? — Gefängnis?“ schickten. Keine Arbeit, keine Arbeit. Das Geld war alle. Die Mietzeit abgelaufen. Die Jagd nach Arbeit ließ nach. Wieder obdachlos. Er ging — zur „Herberge zur Heimat“. Dieser Name macht den Begriff „Heimat“ in seinem Klang häßlich. Und wenn es schon „Heimat“ sein soll: Nicht „Heimat“, wo Liebe und Friede sprachen, sondern „Heimat des Glendes, Heimats der Not und glaubt es — Heimats des Verbrechens“. Wieviel tausend Verbrecher haben schon diese „Herbergen zur Heimat“ geboren? Von da ging Otto's erstes Verbrechen aus. Darhin ging er wieder — gerade 14 Tage aus dem Gefängnis erlassen —, der 21jährige junge Mensch. Warum ging er nicht zu den Eltern? Die haben ja selbst nichts. Sind alt und arm.

In der „Herberge zur Heimat“, da lernte Otto den 9 Jahre jüngeren Hans kennen. Und wiederum sei es gesagt: auch für den noch unbestraften Hans war das nicht gut. Sie erzählten einander ihre Not, ihre Zukunft. An ihre Zukunft wagten sie nicht zu denken. Ganzlich schüttelte sie das rauhe Schicksal — die beiden Jungen — die stumpf brühten im dämpften, stinkigen Schlafsaal auf den Kälbern ihrer Eisenbetten saßen, um sich hinzulegen. Fort aus dem roten Backsteintempel der schleichenden Not! Im nächsten Morgen gingen sie ins Freie. Bettelstühle an um Brot und Geld. Hunger und Sorge plagten sie. Und als der Abend kam: „Wo schlafen wir?“ Nicht wieder in dem Glendehaus! Halbkindliche Jugend empfand Grausen. (Das muß man verstehen!) Sie suchten sich eine offene Laube aus. Dort übernachteten sie. Den nächsten Tag in einer andern. So wechselten sie ihr Nachquartier, um nicht gefaßt zu werden.

Das war in der Zeit vom 22. September bis 5. Oktober 1929. Bei der Gelegenheit ließen sie allerhand mitgehen, was sie in den Lauben fanden, wie Messer, Säbhe, Büchsen, eine Asten-tasche, ein Handrad, eine silberne Kette, Werkzeuge. Das verkaufte sie und lebten von dem Geld. Eines Nachts wurden sie von einem Laubenhüter gefaßt und der Polizei übergeben. Letzten die Jungens Ahnung, was ihre Taten waren? Schwere Einbruchsdiebstähle, auf denen Juchens ruht. Sie gestanden alles ein. Aber teilweise mit lobendem Gesicht. Daraus sprang zunächst: Einmal Unmündigkeit über die Schwere ihres Tuns und zweitens — das ist bald noch juristischer — der Beginn der Gleichgültigkeit gegen ihr Schicksal. Hans erhielt 5 Monate und Otto 7 Monate Gefängnis. — Und immer wieder die Frage zum Schluß: „Wer hilft dieser Jugend, wenn sie, den Entlassungs-schein des Gefängnisses in der Hand, wieder frei auf der kalten StraÙe steht?“

Alter schützt vor Torheit nicht

Alter schützt oft vor Torheit nicht. Auch da ein hunder, un-befehlender Handwerker aus dem Banjauch noch mit 63 Lebens-jahren in die Anklagebank. Aber so kommt es. Auch eine herrn-sitzende Stiehmadel, die einem nicht gehört, sollte man liegenlassen,

wenn man sich auf fremdem Grund und Boden befindet, wo gerade genäht wurde. Sie aufzuheben macht nicht glücklich. Be-weißt doch höchstens Ärger.

Noch vielmehr sollte dies der brave Alte beherzigt haben, als auf dem Bauplatz, dem er vorstand, 20 Meter Wasserleitungs-rohr, eine Flügelpumpe und eine eiserne Karre herumlagen. Er mußte, daß sie einer fremden Firma gehörten. Aber er glaubte, die hätte sie vergessen mit wegzunehmen. So veranlaßte er einen 25jährigen Zimmermann, die Sachen für ihn fortzuschaffen. (Er wollte sie zum Bau einer Pumpe auf seinem eignen Grundstück verwenden.) Der Zimmermann transportierte einen Teil der Waare in seinen väterlichen Garten. Den andern Teil nahm der andere mit. Wie so oft, brachte auch diese „Schlebung“ die liebe Sonne an den Tag.

Nun war das Maß voll. Nicht nur er war zum Diebe geworden, sondern hatte auch noch den unbescholtenen Zimmer-mann — vielleicht nicht gewollt — mit zum Diebe gemacht. Der Verteidiger — das machte den Prozeß besonders interessant — plädierte ja nicht direkt auf „Mundraub“, aber er führte eine Gerichtsentscheidung von „werweißwoher“ an, wo der Diebstahl von Holz und Mauersteinen zum Zwecke der Errichtung eines Schuppens auf dem Grundstück des Diebes als Mundraub ange-sehen worden sei.

Im Urteil — allen Respekt vor dem Verteidiger. Aber — so meinte das Gericht — es würde wohl doch zu weit führen, den Diebstahl einer eisernen Karre als Mundraub anzusehen. Die beiden reuigen Sünder kamen 1 1/2 Jahre nach der Tat mit milder Strafe davon. Der „Hauptverurteilte“ erhielt anstatt 20 Tage Gefängnis 100 Mark, der andere erspart 4 Tage 20 Mark Geldstrafe.

Teils verkannt - teils erkannt

Zwei junge Freunde haben ein Motorrad. Damit machen sie öfters die denkbar schönsten Touren — aller möglichen Art —. Himmel auch. Da scheint es sich, nach allem was man hörte, um eine „Sumpf“-Tour gehandelt zu haben. Dagegen zu streiten hat keinen Zweck; denn ohne „herjumpft“ zu sein, sagt man zu einem noch dazu im Dienste befindlichen Schuppenwachmeister nicht ein-fach: — du bist wohl besoffen — du Schwein —“ und fährt großmütig weiter. Das war eine öffentliche Beleidigung, die stand im Preisurteil des Gerichts mit 60 Mark netto und Spejen-zusatz (Gerichtskosten) verzeichnet. Und für den Ausdruck „ge-meine Bande“ auf dem Polizeirevier wurden 30 Mark für ein-fache Beleidigung netto in Anseß gebracht. Doch D. bestritt, mit dem Ausdruck die Beamten gemeint zu haben. Er wollte das zu seinen sich laut unterhaltenden Freunden gesagt haben im Sinne des „jeid doch ruhig“, weil der Wachmeister schrie. Dieser naiven Anrede schenkte das Gericht keinen Glauben.

Doch D. wurde noch mehr zur Last gelegt. Er soll sein Motorrad behindert in die Schwertfegerstraße gestellt und außerdem durch zu schnelle Einfahrt in diese Straße großen Anseß verübt haben. Doch hier konnte D. nicht nachgewiesen werden, daß er derjenige gewesen war. Freispruch. Es muß alles gerecht zugehen. Das war der andre. Der kommt später dran. Was nun? 90 Mark Strafe und nur 6 Mark Taschengeld die Waare aus dem Fadel des Vaters — eines braven Wäcker-meisters. Aber war so etwas schützt man sich am besten, wenn man die „gemeinen Bande“ zu der Polizei meißel.

Wie wird das Wetter am Mittwoch?



Unverändert mit.

Die Tropikluft, die am Montag in Südwesteuropa eintrömt, hat sich bis Mitteleuropa ausgebreitet, dabei zeigt heute früh an der Unterelbe und an der Wejer das Thermometer schon 8 Grad an Rhein sogar 10 Grad Wärme. Im mitteldeutschen Tiefland werden meist 6 Grad beobachtet und auf dem Broden zeigt das Thermometer ein wenig über Null. Niederschläge sind nur noch vereinzelt in unbedeutenden Mengen gefallen. Im mittlern und östlichen Europa nimmt der Luftdruck fast zu, während im Süd-westen Barometerfall eingetreten ist. Die Hochschiebung des Windes dabei stark auf Nordwestrichtung, der ein Zurückgehen des Windes auf Südost entspricht. Es wird daher in den bodennahen Schichten ein Einströmen kühler festländischer Luft und ein Zurückgehen der Temperatur stattfinden. Das Wetter bleibt aber trotzdem mild. Es wird im ganzen nur leicht bewölkt sein, Niederschläge sind nicht oder nur vereinzelt zu erwarten.

Aus-sicht-en: Im Tiefland auf Süd und Südost drehend. Winde, nur leicht bewölkt, milde, Temperatur aber etwas sinkend im Gebirge vereinzelt nur unbedeutende Niederschläge, unwe-rändert sehr milde. Für Donnerstag keine wesentliche Änderung wahrscheinlich.

Wasserstände

+ bedeutet über, — unter Null.

Ort	Wasserstand	Ort	Wasserstand
Hilburg	14.1 + 0.10	Ulm	14.1 + 1.22
Brandels	- 0.18	Trotha	+ 1.81
Wernitz	- 0.48	Bernburg	+ 1.18
Wernitz	- 0.36	Salze Oberpeg.	+ 1.50
Ruffa	- 0.10	Salze Unterpeg.	+ 0.79
Dresden	- 1.56	Griehne	+ 0.66
Lorau	14.1 + 0.12		
Wittenberg	+ 0.45		
Hohla	+ 0.74	Brandenburg	18.1 + 2.15
Alten	+ 0.98	Eberpegel	+ 1.00
Harbu	+ 1.00	Unterpegel	+ 1.00
Magdeburg	+ 0.70	Stathenow	+ 1.65
Zangermünde	+ 1.64	Eberpegel	+ 0.50
Wittenberge	+ 1.57	Unterpegel	+ 1.98
Reizen	+ 1.10	Oberberg	+ 0.02
Salmis	-		
Balsau	-		
Holzberg	+ 1.18		
Hohndorf	+ 0.05		
Elben	14.1 + 0.19		

DER BAUMARKT IN MAGDEBURG U. UMG.

Gerling & Rausch

Fernspr. 935 u. 8650 **Magdeburg** Gr. Diesdorfer Str. 237

Bauunternehmung • Eisenbetonbau • Zimmerei

Gustav Gabbe

Magdeburg
Königsgrätzer Straße 3
Fernsprecher Nord 20881

Bauklempnerei
Sanitäre Anlagen und Entwässerungen

Reparaturen prompt u. preiswert
Kostenanschläge unverbindlich

Paul Kohl Nachf.

Inhaber: K. Marschall
Magdeburg, Otto-v.-Guericke-Str. 101
Fernsprecher 5724

Vulkanisier-Anstalt

Auto-Reparatur • Auto-Zubehör • etc.

Schnelles Lager
in gebr. Reifen u. Schläuchen

Friedrich Cierpka

Raustoff - Großhandlung
Magdeburg-Südost

Hubertusstraße 1
— Telephon 46 098 und 46 123 —

Carl Rich. Steinbecher

Dachdeckerei

Ausführung sämtlicher
Dacharbeiten

Magdeburg, Olivenstedter Straße 6
Fernsprech-Anschluß: Mitte 353 82

Bauholz nach Liste

in Fichte, Tanne, Kiefer
in allen Dimensionen

Befehlshaber Schallwetter Sperrholzer
Raukopf Eichenb. Latten Stammware

C. W. Neumann A. G.
Königsgrätzer Straße 3
Magdeburg-Buckau
Gegründet 1821 Gegründet 1821

Nicht eigener Herd....!

Senking-Herd

ist Goldes wert....!

Für Gas, Kohle und kombiniert mit Grude.

Besichtigen Sie unsere sehenswerten Ausstellungsräume.
Für jeden Haushalt finden Sie bei uns einen passenden Herd.

Wilh. Riebe Söhne
Magdeburg, Breiter Weg 184/86
Verkaufsstelle der Senkingwerke A. G., Hildesheim.

Tapeten

fabelhaft billige Preise
Die hervorragende Auswahl! — Große, billige Restposten!

Linoleum

Stragula, Balatum, Ganzbelag, Läufer, Teppiche

Bedeckendes Großlager zu niedrigen
Preisen

Gebr. Borchers
Breiter Weg 201 (neben der Hauptpost)
Lüneburger Str. 42 (am Kaiser Otto-Ring)

W. BÖHME

Maler

MAGDEBURG
Große Klosterstraße Nr. 19
Telephon: 2676

Georg Kruse

Töpfermeister

Rat 2135, Wölbendelstraße 69, 10405
Gerichtlich beauftragt Sachverständiger
für das Landgerichtsbezirk Magdeburg

Original Heißer Kachelöfen
und Wandfliesen

Herde, transport. Kachelöfen
Einsetzen, Reinigen, Reparaturen

ADOLF GÜNDERMANN

Glasermeister

Bau- u. Kunstglaserei
Glas-Handlung
Bilder-Einrahmung

Magdeburg
Ludwigstraße 12 Ludowisstraße 12
Fernsprecher Amt Nordem Nr. 20110

RABE

MAGDEBURG

Kommunistische Verleumdung

Der erste Sitzungstag der Tagung des Völkerbundes in Genf brachte mit einem Beschlusse des deutschen und des polnischen Vorkomitees zu einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen einen hoffnungsvollen Ausblick zu den Verhandlungen, während der Ratstagung dem Liquidationsabkommen endgültige Form zu geben und eine Annäherung in bezug auf den deutsch-polnischen Handelsvertrag zu finden.

Der öffentlichen Sitzung ging die übliche nichtöffentliche Sitzung voraus, in der personelle und finanzielle Fragen behandelt wurden. In seiner Nachmittagsitzung erledigte der Völkerbundsrat Mandatsfragen in der Weise, daß man alle Entscheidungen aufschob. So wurde die Entscheidung über eine Kontrolle der Klagemaure wegen neuer englischer Vorschläge ebenso vertagt wie der Antrag der Mandatskommission, sie zum März zu einer außerordentlichen Tagung über die Palästina-Anruhen einzuberufen. England möchte erst den Bericht der eigenen Untersuchungskommission abwarten.

Die Mandatskommission deutete in ihrem Bericht über Südwestafrika die Möglichkeit an, das Flaggenrecht von 1927, durch das Südafrika alle Deutschen Südwesterländer zur Erwerbung der südafrikanischen Staatsbürgerschaft zwang, vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen. Schubert protestierte gegen das südafrikanische Gesetz und unterstützte prinzipiell die Einholung eines Gutachtens im Haag. Der Rat begnügte sich jedoch mit der Bitte an die Mandatskommission, die Frage weiter zu beachten.

Die Ansicht Englands, das Mandat Irak selbständig zu machen, wurde von dem italienischen Außenminister Grandi beantragt, der das Mandatsystem als eine Möglichkeit für Italien, Kolonien zu erhalten, nicht abbrechen lassen will und namentlich bei der Frage der Teilung des irakischen Petroleums mit sprechen möchte.

Genderson stellte sich auf den Standpunkt, daß England und Irak keine Verbindungen, auch keine wirtschaftlichen, gestellt werden könnten, wenn sie sich über eine Neuregung ihres Verhältnisses zueinander einig sind. Schubert begrüßte es, daß zum erstenmal durch Englands Vorgehen im Irak die Berechtigung eines Mandatsgebietes, unabhängig zu werden, anerkannt werde.

Aus den Verhandlungen ist noch eine Erklärung Gendersons bemerkenswert, nach der er dem Unterhaus bald nach seiner Rückkehr die Ratifikation der englischen Unterzeichnung der Fakultativurkunde unterbreiten will. In dem Bericht des Internationalen Lehrfilm-Instituts wird die Vorlegung eines Abkommens über Zollfreiheit für Lehrfilme für eine der nächsten Ratstagungen angekündigt. Der von der dänischen Regierung auf der Septemberversammlung gewünschte Ausschuss zur Prüfung der Frage, wie eine schnellere Ratifikation der Völkerbundsabkommen erzielt werden könne, soll aus sieben Mitgliedern bestehen, die im Laufe dieser Ratstagung ernannt werden. Eine Stiftung des Wilson-Fonds von 25 000 Dollar wurde dem Baukomitee überwiesen.

Prinzenrebellion in Bückeburg

Der Landtag von Schaumburg-Lippe verhandelt über den Anschlag auf Prinzen. Dagegen protestiert in der „Cannoverschen Landeszeitung“ Friedrich Christian, Prinz zu Schaumburg-Lippe, namens des lippschen Volkes und kündigt Anrufung des Staatsgerichtshofes an.

Damit dieser Mißgenügen Relief erhält, geben wir die wichtigsten Daten über das Land wieder: Schaumburg-Lippe, Fläche 340 Quadratkilometer, Einwohner 48 000, Landtag 15 Mitglieder, Regierung 5 Mitglieder, davon ein Staatsrat hauptamtlich.

Mandatsfragen im Völkerbundsrat

Die Rechtsprekäre tritt behaglich eine kommunistische Verleumdung breit, monach der Geschäftsführer des Hamburger Gewerkschaftshauses 267 000 Mark unterschlagen haben und bereits entlassen sein soll. Diese Behauptung hat sich das Hamburger Kommunistenblatt völlig aus den Fingern gelogen.

Wie kamen die Kommunisten zu dieser infamen Verleumdung? Das Hamburger Gewerkschaftshaus hatte seit Mitte vorigen Jahres sehr unter der Wirtschaftskrise zu leiden. Eine große Illiquidität war die Folge. Die Gesamtverwaltung hielt es für notwendig, eine Revision durch die Gesellschaft für Vermögensverwaltung und -verwaltung m. b. H. vornehmen zu lassen. Die Revision erstreckte sich auftragsgemäß auf die Führung der Buchhaltung, auf die Realkulation, auf die Umsätze und Verwaltungsquoten und auf die Frage der Rentabilität. Mit welcher Gründlichkeit die Prüfung von der heidigen Treuhandgesellschaft vorgenommen wurde, zeigt die Tatsache, daß die Revision fast 6 Wochen in Anspruch nahm.

Der Revisionsbericht brachte folgende Klarstellung: Es sind keinerlei Handlungen festgestellt, aus denen sich ergeben könnte, daß Mitglieder der Verwaltung unehrenhafte Handlungen begangen oder sich persönliche Vorteile verschafft hätten. Wo gegenteilige Behauptungen aufgestellt werden, handelt es sich um böswillige Verleumdungen.

Die Finanzschwierigkeiten sind inzwischen vom Hamburger Gewerkschaftshaus aus eigener Kraft behoben worden. Daß Privatkapitalisten zur Stützung herangezogen worden wären, ist eine neue kommunistische Verleumdung. Etwas bleibt doch stehen, denken die Moskauer.

Sozialismus und Kolonien

Kolonialbehalte der holländischen Sozialdemokratie Deutschland hat seine Kolonien verloren; die deutsche Sozialdemokratie ist deshalb nicht gezwungen, zur Kolonialpolitik praktische Stellung zu nehmen. Anders liegen die Verhältnisse in den Ländern mit altem Kolonialbesitz.

Die holländische Sozialdemokratie hat zur Klärung des Kolonialproblems einen besondern Kongreß nach Utrecht einberufen, der am Sonnabend und Sonntag tagte.

Für die Opposition sprach Schmitt (Amsterdam), der in fast zweistündiger Rede für die sofortige Unabhängigkeit Indonesiens eintrat. Albarca, der Vorsitzende der sozialistischen Fraktion der zweiten Kammer, wies darauf hin, daß eine sofortige Lostrennung Indonesiens für die niederländischen Arbeiter eine furchtbare ökonomische Krise bedeuten würde, daß aber auch diese Unabhängigkeit praktisch nicht sofort verwirklicht werden könne, sondern die Indonesier höchstens aus der niederländischen unter eine andre Herrschaft bringen würde.

Im Schlußwort formulierte Stodvis schließlich den Standpunkt der Partei dahin, daß diese das Recht Indonesiens auf Unabhängigkeit anerkenne und daraus ihre Aufgabe herleite, als erste Partei der Internationale das koloniale Problem konkret zu behandeln und die Unabhängigkeit Indonesiens vorzubereiten.

Angenommen wurde ein Antrag, die sozialistische Internationale zur Bildung einer ständigen Arbeitskommission für koloniale Fragen und zur Einberufung einer internationalen Konferenz oder eines Kongresses zur Behandlung der kolonialen Probleme aufzufordern.

Das Kolonialprogramm wurde schließlich angenommen, wobei die Opposition es auf nicht mehr als 20 von 300 Stimmen brachte.

Die Rubelfälscher vor Gericht

General Kressensteins Empfehlung

Die Verteidigung der Angeklagten im Tschernomong-Prozeß, der am Montag weitergeführt wurde, hat eine große Angehörigkeit bezeugt, indem sie in der Freitag-Sitzung den geheimnisvollen Antrag auf Ausschließung der Öffentlichkeit stellte, damit eine amtliche Ehrenerklärung für Karumidze verlesen werden könne. Sie erbat damit, daß die Verteidigung mit ihrem Antrag abruft. Inzwischen hat sich herumgesprochen, wer der Verfasser des Schreibens ist, das die Staatsicherheit so ungeheuer gefährdet hätte: es ist der bayrische General Kress von Kressenstein, der den georgischen Häfling an General Hoffmann empfiehlt. Das Reichswehrministerium kann diese Tatsache nicht ableugnen, versucht aber, jenen Brief dadurch als harmlos hinzustellen, daß es behauptet, er sei schon 1925 geschrieben, also lange vor der Tschernomong-Fälschung.

Der Angeklagte Bell, dessen Vernehmung am Montag zu Ende geführt wird, tritt sehr deß und unverbessert auf. Mit den Händen in den Hosentaschen behandelt Bell mit dem Richter und muß einmal höflich darauf aufmerksam gemacht werden, daß es doch nicht angehe, während der Vernehmung eines Zeugen Zeitung zu lesen.

Sein Nachbar, der Vaterlandsretter Weber, breitet ebenso unverbessert den „Völkischen Kurier“ vor sich aus. Einmal, als der Vorsitzende ihn bei der Ehre packt und erwähnt, offen und ehrlich die Wahrheit zu sagen, erwidert er: „daß könne man von einem Angeklagten nicht verlangen“.

Bell verbreitet sich dann über die Ereignisse nach dem Bulgargarischen Abenteuer. Er behauptet es geradezu, daß Karumidze ihn nicht an der Tschernomong-Fälschung hat teilnehmen lassen. „Wenn Herr Karumidze mich informiert hätte, hätten wir auch Tschernomong gedruckt, aber dann ständen wir nicht hier.“ Er wird mit 15 000 Mark in der Tasche im Mai 1927 in den Kaukasus geschickt, weil die deutschen Bundesgenossen trotz aller Sympathie und Begeisterung dem Georgier nicht über den Weg trauen. 3000 Mark hatte er bar in der Tasche und 12 000 Mark in einem Kreditbrief. Das will er da unten verteidigen haben. Was er für sich selbst brauchte, flog aus andern Quellen. „Wenn ich eine Vergütungsreise hätte machen wollen, wäre ich nach Paris gefahren oder an die Riviera und hätte nicht meine Stellung aufgegeben.“ Er war auf russischem Boden. „Das geht auch ohne Paß“, meinte er verächtlich. „Das liegt man doch schließlich in jedem Roman, wie man das etwa macht.“ Auf Einzelheiten läßt er sich nicht ein: „Wir wollen doch beim Betrug bleiben.“

Dann kommt der wunde Punkt. Der Angeklagte will dem Gericht weismachen, er habe nicht gewußt, daß die als Sicherheit nachzufindenden 1000 Tschernomong falsch waren. Dabei hat ihn Sabathierowski bei seiner polizeilichen Vernehmung schwer belastet. Er hat ausgesagt, daß Bell ihn gewarnt habe, den Rest von der Unschicklichkeit der Noten zu verhandeln.

Karumidze windet sich wie ein Aal. Es muß man, er muß Bell vor dessen Abreise klare Weisungen gegeben haben. Kein Mensch in Saale glaubt diesem georgischen Abenteuerer, diesem Desperado, seine Ahnungslosigkeit. Die Karte schließlich ging ganz von selber: er hatte seine Geldgeber wie Wurmbein und Thylla erbt mit „Stichenspielen“ zu fördern versucht. „Das ist nicht mehr zög, sollte es mit falschen Banknoten weiter geht werden. Und zuletzt, als er ohne Mittel in Lausanne lag, und die Polizei zugriffen hatte, und als die Kumpanten mit „Guten Tag, Herr Fälschmünzer“ begrüßt wurden, sollte Krieger „Mussagen erkatien“ mit 3000 Mark. Als Krieger sauer reagierte, mußte Bell in das deutsche Vaterland zurück und sich verhaften lassen.

So war die Karre also wieder glücklich in einem ganz ordinären Schwindler- und Hochstaplerstumpfen festgefahren, als die Verteidigung sie aber auf den politischen Boden herauszuziehen versuchte. Sabathierowski sollte nachweisen, daß das Unternehmen doch von lauterer Vaterlandsliebe diktiert war. Er begann sehr hoffnungsvoll damit, daß er schilderte, wie man sich in einem Pariser Restaurant getroffen und der junge Nobel sich bereit erklärt habe, den Georgiern beizuspringen, dabei aber energisch abgerückt sei von den deutschen Rechtspolitikern, deren Anschauungen als „Hierpolitik“ beurteilt wurden. Schon war der General Hoffmann in Sicht, und da wurde der Vorhänger nervös und blies ab. Schade . . .

Politische Fälschmünzerprozesse

Der am 6. Januar begonnene Tschernomong-Fälscherprozeß ruft andre Münzfälschungen aus politischen Motiven in Erinnerung. Fälschungsfabrikation warf man Napoleon vor, und während der französischen Revolution sollen Engländer französisches Geld gedruckt haben.

Kraffin wollte 3-Rubel-Scheine drucken

In eingeweihten Kreisen weiß man, daß Kraffin als Mitglied des Zentralkomitees des bolschewistischen Flügel, im Jahre 1907 dem Direktor einer Papierfabrik den Auftrag erteilte, Papier zum Drucken falscher 3-Rubel-Scheine zu bereiten. Im Zusammenhang mit der Verhaftung eines andern Mitgliedes des bolschewistischen Flügels Ter-Kotjoffjan und der Auffindung von Bomben, die für den Berliner Panier Wendelsohn bestimmt waren, bekam die Polizei auch von Kraffins Vorbereitungen Wind.

Als das Zentralkomitee der russischen sozialdemokratischen Gesamtpartei davon erfuhr, betraute es Tschitschewin mit der Untersuchung. Dieser führte ausführliche Vernehmungen durch, sekte umfangreiche Schriftsätze auf und überhandte das gesamte Material Lenin. Hier blieb es stehen. Die bolschewistischen Archive müßten darüber bestimmt manches Interessante zu berichten.

Die falschen 1000-Frank-Noten des Prinzen Windischgräß.

Die ungarische Fälscher-Scandalaffäre, in deren Mittelpunkt Prinz Ludwig von Windischgräß stand, ist noch nicht vergessen. Ganz wie die Tschernomong-Fälscher behauptete auch er, aus patriotischen Motiven gehandelt zu haben in der Absicht, Frankreich unter wirtschaftlichen Druck zu setzen und diesen Umstand zu benutzen, um in Ungarn das Königtum zu errichten. Und ganz wie in jenem Falle waren auch hier deutsche völkische Kreise an den Fälschungen beteiligt. Für 25 Millionen Mark sollten 1000-Frank-Scheine hergestellt werden.

In den meisten europäischen Ländern, insbesondere in Frankreich, Deutschland und Italien sind falsche 1000-Frank-Scheine aufgetaucht, erklärte der Direktor der Bank von Frankreich. Die höchsten Spitzen der „ungarischen Gesellschaft“, die höchsten Beamten und Leiter der nationalen Verbände waren an den Fälschungen beteiligt; das Drucken des Fälschergeldes wurde vom Direktor des ungarischen lithographischen Instituts beaufsichtigt; Ministerpräsident Weighen wußte Bescheid.

Fast zur gleichen Zeit mit der Aufdeckung der Fälschungen, kam man hinter die Fälschungen von tschechischen 100- und 500-Kronen-Scheinen in Karpatho-Rußland. Auch hier hatten die Ungarn ihre Hände im Spiele. Die Fälscher flüchteten in ihre Heimat und erkräften sich des Schutzes des Chefs der Landespolizei Radosky; er selbst wurde in Verbindung mit den Fälschungen verhaftet. Und während die Verurteilung in dieser Angelegenheit noch nicht abgeschlossen war, gingen bereits die Tschernomong-Fälscher an die Arbeit; gelehrte Schüler ihrer Dubdopfer Bestimmungsgenossen.

Die Fälschmünzwerkstatt des zaristischen Staatsrats.

In der Öffentlichkeit fast unbekannt, sind die sogenannten „polnischen“ Münzfälschungen. In den Jahren 1864 bis 1873

fanden in London, Paris, Rouen, Brüssel, Overdon und Sofokhoun Fälschmünzerprozesse gegen polnische Emigranten statt. Es handelte sich um österreichische 10-Gulden-, französische 25-Frank-Noten, russische 50-Rubel-Scheine, 12½ Rubelkopons und Wertpapiere verschiedener Banken, ja selbst um preussische 100-Taler-Scheine.

Nach dem mißlungenen polnischen Aufstand im Jahre 1863, hatten sich die polnischen Emigranten über ganz Europa verstreut. Um Mittel im Kampfe für die Befreiung Polens zu erhalten, sollten sie angeblich Fälschmünzerei betreiben haben. Bis eines Tages das Gericht von Overdon im Kantone Baad in seinem Urteil feststellte, daß in Wirklichkeit fast in sämtlichen Fällen der „polnischen“ Fälschmünzerei es niemand anders als der zaristische Staatsrat Gabriel Kamenjki gewesen sei, der jahrelang durch seine Agenten verschiedene Personen zur Fälschungsfabrikation angereizt und ihnen in jeglicher Weise bei der Herstellung geholfen hatte. Der Staatsrat wurde in Abwesenheit zu 2 Jahren Einsperrung und zu 10 Jahren Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Die russische Regierung hatte den Staatsrat Kamenjki ins Ausland geschickt, damit er hier die angeblichen Geldfälschungen der polnischen Emigranten überwache. Statt dessen spielte er den Agenten provocateur. Seine Leute warben Polen an, vorzujagen sie mit Ravier, Platten, Farben und Druckmaschinen. Im Augenblick, wo sie gerade dabei waren, die Noten fertigzustellen, wurden sie bei der Polizei denunziert.

Da sie nicht wußten, daß sie verraten worden waren, nannten sie nicht ihre Komplizen. Die russische Regierung forderte aber ihre Auslieferung, während Kamenjki und seine Agenten dem Untersuchungsrichter bei der Ueberführung der Schuldigen eifrig Hilfe leisteten und darauf acht gaben, daß er nicht hinter ihre Schliche komme.

Fälscherprozeß in Moskau.

Fast zur selben Zeit, da in Berlin der Prozeß der georgisch-deutschen Tschernomong-Fälscher beginnt, nimmt in Moskau vor dem Obersten Gerichtshof der Prozeß angeblicher Emigranten des vor kurzem aus Danzig ausgewiesenen weißgardistischen Generals Glajenapp seinen Anfang.

Die Anklageschrift behauptet, daß diese Emigranten sich nicht bloß der Spionage, sondern auch der Verbreitung falscher Tschernomong-Fälschmünzen schuldig gemacht hätten. Sollte das Glajenappische Fälschergeld etwa aus georgisch-deutschen Quellen stammen? fragt die „Krawda“.

Die Unruhen auf Samoa

Die Regierung Neuseelands hat als Mandatarmacht Samoas dem Völkerbundsekretär telegraphisch eine Darstellung der Dezemberunruhen in der Hauptstadt Samoas zugeleitet.

In dem Telegramm heißt es, daß am 28. Dezember in Apia Unruhen ausbrachen, an denen sich circa 2000 Eingeborne beteiligten, die zur Stadt gekommen waren, um zwei zurückgekehrte Deportierte zu feiern. Die Polizei versuchte, einige Personen des Demonstrationzuges, gegen die ein Haftbefehl vorlag, zu verhaften. Darauf griffen die Eingebornen die nur mit Gummihüpfeln bewaffneten Polizisten an, so daß revolverschwere Verstärkungen geholt werden mußten.

Es gelang der Polizeiverstärkung, die angegriffenen Polizisten bis auf einen europäischen Beamten, der mit einer Hand totgeschlagen wurde, zu befreien. Vor der Uebermacht zog sich die Polizei — deren Stärke in dem Telegramm nicht angegeben wird — zur Polizeiwache zurück, wo sie sich die nachfolgende Menge mit Maschinengewehrfeuer in die Luft vom Leibe hielt. Die Eingebornen flüchteten schließlich nach Zerstörung der Telefonlinien der Stadt.

Die Polizei hatte einen Toten und sechs Verwundete. Die Eingebornen hinterließen acht Tote, darunter ihren Führer, und zwölf Verwundete. Inzwischen sei die Ruhe in Samoa wieder völlig hergestellt.

Politische Revolvererschüsse

In Sofia, 14. Januar. Am Montagabend fand eine Versammlung statt, die ausschließlich von Mazedoniern besucht war. Ein Beamter der Stadtgemeinde Sofia hatte kaum das Lokal betreten und sich niedergesetzt, als drei Männer hereinströmten und ein Revolverfeuer auf ihn eröffneten. Der Beamte wurde durch fünf Kugeln tödlich niedergestreckt. Die Mörder entkamen, wurden jedoch von andern Gängern erfaßt, so daß man mit ihrer Ergreifung rechnet. Der Getötete soll im vergangenen Herbst den Mörder des Generals Pretergerow erschossen haben.

Auf den einflussreichen Abgeordneten der türkischen Regierungspartei, Hakkı Tarık, wurde in Stambul ein Revolverattentat verübt. Der Abgeordnete wurde im Gesicht verletzt. Der Täter konnte verhaftet werden.

Gewitter in Italien

In Rom, 14. Januar. In Giuliano di Roma hat ein Blitz den Turm der Pfarrkirche getroffen und sie beschädigt. Der Küster, der gerade aufgehört hatte, die Glocken zu läuten, wurde am Kopfe verletzt und erlitt einen Nebenstoß. Da ein Blitzgefahr besteht, mußte die Kirche und die umliegenden Häuser isoliert werden.

Ueber Castell Gierentino ist ebenfalls ein Gewitter niedergegangen, das von Hagelstürmen und starken elektrischen Entladungen begleitet war. Der Blitz schlug in einen Schwornstein eines Hauses ein und zerstörte Herd und Küche, ohne jedoch Menschen zu verletzen.

Notizen

Retrogenes Gewerbebank. Der Leiter der Gewerbebank in Schwabisch-Gmünd, G. m. b. H., Klüber, sowie der Kassierer Hüttelmaier, die die Bank durch unerlaubtes Börjenspiel, Gewährung von Krediten an flauw Kunden und Bilanzfälschungen schwer geschädigt haben, so daß eine Sanierung der Bank notwendig wurde, sind inzwischen festgenommen worden. Die Gewerbebank ist um nahezu 300 000 Mark retrogen worden. Nach Heranziehung der Reizen und Geschäftsguthaben verbleibt der Bank noch ein Verlust von 56 717 Mark.

Fransösische Gummifabrik in Karlsruhe. Die französische Gummifabrik Michelin wird in Karlsruhe eine Fabrik errichten, die, wenn sie voll befristet ist, zunächst über 2000 Arbeiter beschäftigen wird. Die Stadt Karlsruhe, die mit andern rheinischen Städten in bestiger Konkurrenz stand, hat den Plan der französischen Fabrik dadurch begünstigt, daß sie ein entsprechendes Gelände zur Verfügung stellte.

Aufgehobener Bismutzwang. Am 1. Juni 1930 soll der Bismutzwang im Reichsrecht zwischen Ungarn und Oesterreich sowie zwischen Deutschland und Italien aufgehoben werden.

Rajshingewerkschaften in St. Lorenzen. In dem Prozeß gegen den sozialdemokratischen Parteiführer Loesch in Graz wurde am Montag der Beweis Antrag der Verteidigung, daß die Heimwehr in St. Lorenzen mit Rajshingengewerkschaften geschossen hat und daß mehrere Gewehre an sie verteilt wurden vom dem Gerichtshof zugelassen.

Deutscho-polnische Verhandlungen. Die direkten Verhandlungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag zwischen dem deutschen Gesandten in Warschau, Ulrich Rauber, und dem polnischen Gesandten in Berlin, Knoll, die am Montag begonnen haben, werden in den kommenden Tagen fortgesetzt.

Die Preise

Achten Sie auf unsere Schaufenster Große Münzstraße



SO und die Qualitäten SO im Inventur-Ausverkauf

Die Parole gilt weiter! Heute wie zu Beginn des Ausverkaufs bringen wir Angebote, die außer gewöhnliche Kaufvorteile sichern. Unsere niedrigen Preise werden Sie in Staunen versetzen. Darum kommen Sie zu uns — es lohnt

Trikotagen

Damen-Unterziehhüschchen fein gewirkt	0.55
Damen-Unterziehhemdenchen	0.85
Damen-Schleier Seid, innen geräusst	0.90
Damen-Schleier Seid, innen geräusst, höhere Qualität	1.85
Herrn-Normalhose	1.75
Herrn-Futterhose	2.50

Handarbeiten

Bestehende Handarbeiten angekauft gezeichnet	1.00 0.75 0.50 0.25
Kostproben Markt-Korbdecken gezeichnet, mit Besagbleibe	0.10
Bestehende echter Hand-Klöppelspitzen und -einsätze	weiter 1.00 0.75 0.50
Farbige Becken-Karos gezeichnet	0.50
Tischschürzen als Träger, auf Platte gezeig. höchste Muster	1.00

Küchen-Tischdecken, -Wandschoner, -Handtücher

volle Größen, gezeichnet, in weiß, 1a Handtuch, Stück	1.50
in grauen Stoffen	1.25
Mitteldecken mit neuen Vorzeichnungen, 90x50, Stück	1.95 und 1.00
82x62 cm	0.65
Tischdecken 120x120 cm, weiß Handtuch, mit schönen Zeichnungen	2.75
Tischdecken 180x180 cm, vorgezeichnet, Handtuch oder Halbteiler	4.75

Schuhwaren

Zweifarbige Damen-Spangenschuhe mit Blockabsatz, Größe 36/41	5.90
Feinfarbige Damen-Pumps mit Orig.-L.-XV.-Absätzen, Größe 37-41	7.90
Lack-Herren-Halbschuhe weiß, geboppelt, Größe 40-45	9.90
Lackbesatz-Kinderstiefel mit farbigem Einfaß, Größe 28-26	4.95
Beige-Spangenschuhe farbige Ausfüllung, Größe 31/35 5.90	4.95
Lack-Spangenschuhe helles Lederfutter, Größe 31/35 6.50	5.50

Strümpfe und Handschuhe

1 Paar Herren-Socken Seidenfäde, elastisch	0.85
1 Paar Herren-Strümpfe mit Refo	0.85
1 Paar Damen-Strümpfe feine, jahres langes Gewebe	1.35
1 Paar Damen-Strümpfe Seidenfäde	1.95
1 Paar Damen-Handschuhe mit feiner Spitzenverzierung	0.85
1 Paar Herren-Handschuhe Paragelüftet	1.45

Damen-Wäsche

1 Kostproben Damen-Tagelassen mit Spitzen	0.45
1 Posten Damen-Abendkleider mit Seide und Spitzen	0.95
1 Posten Damen-Tagelassen mit Spitzen	1.35
1 Posten Damen-Abendkleider mit Spitzen	1.65
1 Posten Damen-Handtaschen mit Spitzen	1.45

Posten Damen-Prinzentrücke

mit Valenciennes- oder Klöppelspitze und Spitzenreusen	2.45
1 Posten ca. 400 Stück Charmeuse-Scalopfhosen mit feinen Spitzen, mit modernen Farben	2.25
1 Posten Umkleider in Charmeuse 2. Zahl, oben mit Spitze oder feiner Spitze, leicht, oben und unten mit eleganten Seiden, zum Ausziehen	2.95

Modewaren

Babikragen in weiß und farbig, geflickt oder mit Spitze garniert	0.45
Bindekragen in Kunstseidenstoff mit Spitzen oder Spitze verziert	1.25
1 Posten Zwillingstücher Crêpe de Chine, hart gewaschen	1.95
1 Posten Klöppelspitze oder Einfaß für Taschen, ca. 3 bis 10 cm Br. in 0.25 0.15	0.05
1 Posten Wäschestricke prima Qualität, von 2.00, 3.05 oder 4.60 m Stück	1.25 0.65
Kunstseidenband in großer Farbaus- wahl, 2 1/2 cm breit in 0.10, 4 cm breit in 0.15, 5 cm breit in	0.20

Taschentücher

Hand- und handkerchiege mit feiner Spitze	0.06
6 Stück Handtücher mit feiner Spitze	0.24
Damen-Strick-Handtücher mit feiner Spitze	0.13
Wäscherhandtücher mit feiner Spitze	0.42
Wäsche für Herren mit feiner Spitze	0.28
6 Stück Handtücher mit feiner Spitze	0.95

Emaille - Haushalt

Emalle einseitig, 5 cm	0.75
Emalle zweiseitig, 5 cm	1.45
Wasserkessel mit feiner Spitze	2.75 2.45 1.65
Emalle mit feiner Spitze, 10 cm	0.75
Emalle mit feiner Spitze, 15 cm	0.50

Miscellaneous

Miscellaneous mit feiner Spitze	0.45
Miscellaneous mit feiner Spitze	0.50
Miscellaneous mit feiner Spitze	0.28
Miscellaneous mit feiner Spitze	0.16
Miscellaneous mit feiner Spitze	0.95
Miscellaneous mit feiner Spitze	1.75

Zahlungs-Erleichterung durch die Kunden-Kredit-G. m. b. H., Kantstraße 4, L.

billig und gut

Möbel

Jürgens & Co.
Kreuzgangstraße 1/2

Gruden-Giesau

Geschäftsverlegung
Georgplatz 6
R. Schätz

Matador!

Eine lockere Schraube kommt hier gar nicht vor
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg Aschersleben Stendal

Reichszentrale für Heimatdienst

Staatsbürgerliche Bildungstage
Die nächsten öffentlichen Vortrags-Abende

Möbl. Zimmer, leere Zimmer

werden auch in unseren Leserkreisen sehr viel gesucht!

Der Kampf um die Finanzreform

Paul Herx vor der Magdeburger Partei - Ungesunder Reichshaushalt - Legale Diktatur des Kapitals

Genosse Dr. Paul Herx ist in den Tagen des Rücktritts von Hilferding vielfach als der zukünftige Reichsfinanzminister genannt worden. Mag sein, daß allein die Tatsache, daß Herx zu denen gehört, die in den großen Finanzfragen als Kompetenzen gelten und auch innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion neben Hilferding zu dem Sachverständigen-Duzend gehört, das in allen wichtigen Finanzfragen gehört wird, dazu Anlaß war. Er schenkte jedoch die Nachfolgerschaft ab und gab dann in der bekannten Rundfunkrede eine Begründung für seine Stellungnahme, die zunächst Bestrebende erregte; aber dann allgemeine Billigung innerhalb der Partei fand. Die Kenntnis der Materie allein gibt das Verständnis für politische Schritte und Aktionen. Das Kapitel „Reichsfinanzen“ ist wohl das A und O der Gegenwartspolitik. Aus dieser Erkenntnis heraus hatte die Partei den Genossen Herx nach Magdeburg gerufen, damit er einmal in ausführlicher Weise das Problem der Finanzreform vor der hiesigen Parteigenossenschaft darlege. Das an sich trockne, aber wichtige Thema fand immerhin soviel Interesse, daß der „Hofjäger“-Saal gefüllt war. Die Aufmerksamkeit und Anteilnahme der Anwesenden bezeugte diese Annahme. Zu dem Thema „Finanzreform“ führte der Genosse

Reichstagsabgeordneter Herx

ungefähr folgendes aus:

„Deutschland hat als Folge des Krieges und der Inflation außerordentlich hohe Steuerlasten zu tragen, und es wird sie noch lange zu tragen haben. Kein Zweifel besteht darüber, daß die Gesamtsteuerlast, die auf dem deutschen Wirtschaftsleben ruht, die allerhöchste ist, die irgendein Land gegenwärtig zu tragen hat. Das liegt zum größten Teil daran, daß ein erheblicher Teil dieser Steuerlast nicht in Deutschland verbleibt, sondern Jahr für Jahr in das Ausland abwandert und dadurch die deutsche Volkswirtschaft schwächt. Daher auch die Gegnerschaft der Industrie gegen die hohe Steuerlast, daher auch der Versuch, eine Änderung in der Steuerbelastung zu erzielen. Begünstigt wird dies Bestreben noch durch die Tatsache, daß die umliegenden, während des Krieges neutralen Länder steuerlich sehr viel günstiger stehen. Das ist Anlaß dafür, deutsches Kapital im Ausland anzusiedeln. Wir leiden aber nicht nur unter der Steuerlast, sondern im Zusammenhang damit auch unter der

großen Kapitalnot.

Krieg und Inflation haben nicht nur die Löhne erhöht, sondern auch das Kapital zerstört und die Neubildung wesentlich beeinträchtigt. Dieser Kapitalmangel ist nicht zu bezweifeln, und das beste Zeichen dafür ist der hohe Zinsfuß, der sich aus dem Mangel an Kapital ergibt.

Für eine wirtschaftliche Entwicklung, an der auch der Arbeiter interessiert sein muß, bedeuten diese Tatsachen Demutnisse, die wir durch Zufluß von Kapital überwinden müssen. Die Wirtschaftskreise wollen das dadurch erzielen, daß sie die Vergünstigungen des Young-Planes zur Senkung der Steuerlasten verwenden wollen. Die Wirtschaftskreise sehen damit im strikten Gegensatz zu uns, die wir zunächst eine

Sanierung der Reichsfinanzen

Sanierung und erst dann an eine Senkung dieser Lasten heranzutreten wollen. Der Reichsregierung wird der Vorwurf gemacht, daß sie gegen diese Bestrebungen und gegen die der zwangsweisen Senkung der öffentlichen Ausgaben unter Verschönerung in der Ausführung von Steuerlasten zu gleichgültig gegenübergestanden habe. Ich halte diesen Vorwurf nicht für völlig berechtigt, da außenpolitische Bedenken dagegen bestanden, unsere Finanzlage in aller Öffentlichkeit darzulegen. Die Auffassung der Reichsregierung mußte sich jedoch ändern, als am 6. Dezember Schacht mit seinem Memorandum hervortrat, in dem er schwere Vorwürfe in bezug auf die Außen- und auf die Finanzpolitik erhob.

Die Reichsregierung mußte gegenüber diesem Angriff durch den Reichstag gebückt sein und ein Vertrauensvotum erhalten, und sie war der Meinung, daß dies Vertrauensvotum die Finanzpolitik des Reiches mit umfassen müßte. So kam überraschend das Finanzprogramm der Regierung mit seinen 14 Punkten, die auch bei uns schärfste Widerstände auslösten. Es war so, daß das Reich am 31. Dezember nicht mehr seinen Verpflichtungen nachkommen konnte, wenn nicht Gelder von anderer Seite kamen.

Eine Zahlungsunfähigkeit des Reiches

würde sich aber nicht nur auf die Lohn- und Gehaltszahlungen auswirken, sondern auch auf alle andern Verpflichtungen, wie die Leistungen an die Arbeitslosenversicherung und die Ueberweisungen für die Gemeinden. Die Ursachen für diesen finanziellen Zustand reichen zum größten Teil weit in die Vergangenheit zurück. Es handelt sich dabei um das Defizit des Bürgerloos in Höhe von 675 Millionen, um die Sonderbelastung durch den vorigen strengen Winter, die Zuwendungen an die Arbeitslosenversicherung in Höhe von 370 Millionen zur Folge hatte. Inzwischen sind dann auch noch mehrere Verschönerungen eingetreten, die sich zu einem Teil aus der Tatsache ergeben, daß der Bürgerloos den Reichshaushalt mit einem verdeckten Defizit abschloß. Man hat versucht, diese finanzielle Lage zu bessern. Zunächst durch eine steuerfreie Anleihe, an die die Sozialdemokratie unter normalen Verhältnissen niemals denken würde. Da diese Anleihe nur 150 statt 500 Millionen brachte, wurde im Herbst die Kreuzer-Anleihe abgeschlossen. Die Mittel hieraus fließen aber erst in die Reichskasse, wenn wir von dem Dawes-Plan frei sind. Die Verabschiedung des Young-Planes hat sich jedoch verzögert, so daß nichts übrig blieb, als den Versuch zu unternehmen, von amerikanischen Geldgebern kurzfristige Kredite zu erhalten. Die Verhandlungen hierüber scheiterten außerordentlich günstigen Verlauf zu nehmen. Da ergaben sich durch das Memorandum Schachts Komplikationen, die schließlich mit dem Rücktritt Hilferdings endeten. Die selbständige Stellung hat Schacht in die Lage versetzt, einen vorläufigen Einfluß auf die Politik auszuüben, daß man von einer

Diktatur Schachts

brechen kann. Seine Stellungnahme zu den Finanzangelegenheiten haben für das Ausland außerordentliches Gewicht. Die der neuen Auslandsanleihe wollte er sich passiv verhalten. Die Selbständigkeit Schachts weckte Mißtrauen. Es ergaben sich Schwierigkeiten, die die Annahme einer Anleihe völlig unmöglich machten.

Da trat Schacht mit der Forderung hervor, die Reichsregierung solle 450 Millionen Mark der Reichseinnahmen zur Abdeckung kurzfristiger Schulden verwenden. Dann wolle er sich verpflichten, das Reich vor Zahlungsschwierigkeiten durch Gelder aus dem Inlandsmarkt zu bewahren. Die Reichsregierung stand vor der Entscheidung, sich der Diktatur Schachts zu unterwerfen oder die Zahlungen des Reiches einzustellen. Eine Zahlungsseinerstellung durfte nicht in Frage kommen, denn die Leidtragenden wären wiederum die schwächsten Kreise des Volkes gewesen. Eine Unterwerfung unter Schachts Diktatur bedeutete jedoch politisch einen schweren Schlag gegen die Demokratie und das Ansehen der Republik! Hilferding und Bopp glaubten freilich persönlich die Konsequenzen ziehen zu müssen. Als Folge der Annahme des Schuldentilgungsgesetzes ergab sich aber ein ganz neuer Tatbestand, der die in der Finanzreform vorgezeichneten

Steuermäßigungen zunächst unmöglich

macht. Wir können das mit einigen Zahlen beweisen. Wenn der Young-Plan in Kraft tritt, so ergibt das für 1929 Ersparnisse

von rund 600 und für die nächsten Jahre von rund 700 Millionen Mark. Die Ersparnisse für 1929 würden aber nur dann voll in die Reichskasse fließen, wenn auch die Industriebelastung, die bisher direkt ins Ausland ging, jetzt an das Reich geht. Auch wenn das der Fall sein wird, reicht die verbleibende Summe nicht aus, um den Haushalt in Ordnung zu bringen. Die Sanierung des Haushaltes 1928 und 1929 kann mit den Erleichterungen aus dem Young-Plan nicht vorgenommen werden. Zu diesem Fehlbetrag wird nämlich noch der Betrag hinzukommen, den die Arbeitslosenversicherung erhalten muß. Die vom Reich im Frühjahr eingestellten 150 Millionen Mark sind bereits verausgabt. Wir werden hier mit einem Zuschuß von 220 bis 250 Millionen Mark rechnen müssen. Für das Etatsjahr 1930 sind wir zwar zwangsweise mit 450 Millionen Mark zur Schuldentilgung belastet. Da wir ferner Mehrausgaben von 500 Millionen Mark haben werden, so meine ich, daß im Haushalt 1930 keine Mittel zur Steuererleichterung vorhanden sind. Ich rechne persönlich damit, daß der Haushalt trotz der erhöhten Einnahmen nicht ins Gleichgewicht kommen wird, wenn nicht eine Senkung der Ausgaben eintritt oder neue Steuereinnahmen beschlossen werden.

Ordnung im Reichsetat.

Hinter dieser Forderung müssen alle andern Gesichtspunkte zurücktreten. Das Finanzprogramm wird ein historisches Dokument und keine Realität sein. Wir aber wollen das wirkliche Leben beeinflussen, deshalb müssen wir dafür sorgen, daß die Gesichtspunkte christlicher, verantwortlicher Finanzpolitik auch in die Tat umgesetzt werden. Diese Aufgabe kann nur die Arbeiter-schaft erfüllen. Leere öffentliche Kassen verhindern nicht nur die Erfüllung der sozialen Verpflichtungen, sondern verhindern auch, daß der Wille des Volkes wirklich oberstes Gesetz ist, sie sind

Diktatur des Kapitals in legalem Gewand,

gegen die das Volk ohnmächtig ist. Es ist verhängnisvoll, wenn das Reich nicht stark genug ist, die Steuern zu fordern, die es braucht, und deshalb bei den Kapitalisten betteln muß. Der Ansehensweg darf nicht Ertrag werden für nicht gewollte oder nicht „geforderte“ Steuerforderungen. Das Bürgertum wird an seinen bisherigen Plänen festhalten, die nicht von volkswirtschaftlichen Grundfragen geleitet werden, sondern vom Profitinteresse. Die Droßelung der Ausgaben im Reich wird notwendigerweise eine Einschränkung der Ausgaben für Länder und Gemeinden zur Folge haben. Selbstverständlich denkt man nur an eine

Einschränkung der sozialen Aufgaben

und Ausgaben. Das ist die große Gefahr, vor der wir stehen. In viel härterer Maße als bisher ist es unsere Pflicht, nicht nur danach zu fragen, woher die Einnahmen fließen, sondern wofür sie fließen, denn entscheidend für ein Finanzsystem ist die Verweir-

lung von Steuermitteln. Im Jahre 1918 beliefen sich die gesamten sozialen Verpflichtungen des Reiches auf 54 Millionen Mark jährlich. Heute (1929) betragen die gesamten sozialen Leistungen 1500 Millionen Mark. Die militärischen Leistungen betragen 1918 1800 Millionen Mark und heute belaufen sie sich auf 700 Millionen Mark. Diese Zahlen beweisen, daß wir uns auf dem Wege der Umgestaltung der sozialen Funktionen befinden. Es taucht die Frage auf: „Ist denn die Zeit einer Änderung der gesamtpolitischen Einstellung gekommen?“

Die Koalition ist nur mehr ein brüchiges Geflüß.

Seit dem 14. Dezember ist kaum eine tragfähige Koalition vorhanden. 26 Parteigenossen gaben ihrer Mißstimmung bei der Abstimmung Ausdruck. Von der Volkspartei steht nur noch die Hälfte der Abgeordneten zur Koalition. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß Koalition gleichbedeutend ist mit dem Ende des Klassenkampfes. So lange die kapitalistische Wirtschaft besteht, gibt es den Klassenkampf, nur die Formen des Kampfes wechseln. Eine Koalition ist für die Arbeiter nur dann anzustreben, wenn sie einen Teil dessen erfüllt, was die Arbeiter-schaft fordert. Von einer Koalition, die nicht leben und nicht herben kann, haben wir nichts zu erwarten. Wir wollen eine Koalition mit klarem Programm. In den neuen politischen Kämpfen steht die Finanzreform im Mittelpunkt. Kämpfen wir nach dem Grundsatz, uns freizumachen von der absoluten Gewalt des Kapitals.

Herx Rede wurde mit Beifall aufgenommen. Eine lebhaft

Aussprache

schloß sich dem Referat an. Genosse Herx glaube, die der Zigarettenindustrie auferlegte Steuer treffe den Handel ungerecht. Genosse Weiger wandte sich gegen die Politik der Reichspartei, deren Steuerprogramm nur die Selbständigkeit der Gemeindefinanzen treffen wolle. Diesen Kreisen seien nur die sozialen und faktischen Leistungen zu hoch. Ganz energisch müsse die Fraktion sich wehren gegen eine mechanische Ermäßigung der Gewerbesteuer. Reichstagsabgeordneter Genosse Herx machte dem Genossen Hilferding den Vorwurf, er habe bei Uebernahme des bürgerlichen Defizits gelegentlich seiner Amtsübernahme nicht genügend von dem miserablen Zustand der Reichskassen gesprochen. Wäre politische Klug hätte damit abgewandt werden können. Jetzt seien wir gezwungen, einem Volksparteiler bei der Ordnung der Reichskassen beizustimmen. Niemand in der Fraktion habe mit Ueberzeugung dem Finanzprogramm zugestimmt. Auch beim Weibretal könnten Wirtliche gemacht werden. Dem Genossen Müller sei von seiten der Fraktion immer wieder gesagt worden in letzter Zeit: „Weibe feist und har!“ Klassenkampf bedeute Festigkeit. Treue zur Partei sei mehr denn je in den kommenden Stürmen notwendig. Genosse Dr. Herx kritisierte die autonome Stellung des Reichsbankpräsidenten. Genosse Bach betont, die Hauptaufgabe der Partei sei, das Arbeiter-schaft zu vermindern. Diese Frage sei wichtiger als alles andere. Bedingung dafür sei eine Gesundung unserer Wirtschaft. In seinem Schlußwort ging Genosse Herx noch kurz auf alle Fragen ein und brachte sie in Zusammenhang mit dem Thema des Abends, das die nächste praktische Arbeit fordert.

Warum 20-Pfennig-Fahrtpreis?

Die Straßenbahngesellschaft begründet ihre Tarifierhöhung

Unsern Artikel in gestriger Nummer über die Tarifierhöhung beantwortet die Straßenbahngesellschaft mit folgenden ausführlichen Darlegungen:

Der gegenwärtig bei der Magdeburger Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft gültige 15-Pfennig-Tarif ist am 1. April 1924 in Kraft getreten, nachdem vorher von der Stabilisierung der Währung bis zum 31. März 1924 ein 20-Pfennig-Tarif bestanden hätte.

Zur Begründung der Notwendigkeit einer Tarifierhöhung führen wir folgendes an:

1. Beförderungssteuer und sonstige Abgaben.

Die drückendste Last der Straßenbahnen ist die während des Krieges durch das Gesetz vom 8. April 1917 eingeführte Beförderungssteuer, welche vom Reich, abgesehen vom Arbeiter- und Schülerverkehr, in Höhe von 6 Prozent des Bruttoertrages der Fahrgeldeinnahme erhoben wird. Mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse war die Beförderungssteuer für die Magdeburger Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft vom 14. September 1922 bis 31. Oktober 1924 völlig außer Geltung gesetzt, vom 1. November 1924 bis 31. März 1925 auf 3 Prozent und vom 1. April 1925 bis 31. Dezember 1926 auf 4 1/2 Prozent ermäßigt. Seit 1. Januar 1927 wird sie in voller Höhe erhoben. Alle unsere Versuche, eine Ermäßigung zu erreichen, sind fehlgeschlagen. § 7 des Gesetzes über die Beförderungssteuer lautet: „Schuldner der Abgabe ist derjenige, der den Beförderungspreis zu zahlen hat. Zu seinen Lasten ist die Abgabe vom Betriebsunternehmer zu entrichten.“

Nach dem Gesetz ist also der Fahrgast der Steuer-schuldner, während die Straßenbahn die Steuer lediglich zu Lasten des Fahrgastes vorzulegen hat. Tatsächlich ist jedoch bei den Einzelsfahrern der Straßenbahn die vom Gesetz gewollte Umwälzung auf den Fahrgast angesichts der Notwendigkeit einer durch 5 teilbaren Pfennigzahlung unmöglich, die Beförderungssteuer wird dadurch zu einer hohen, weil nach der Bruttoeinnahme gestaffelten Gewerbesteuer der Straßenbahnen von sehr erheblicher Höhe. Die Beförderungssteuer wirkt für uns um so drückender, als unsere Gesellschaft daneben noch alle übrigen Staats- und Gemeindesteuern zu entrichten hat.

Die Höhe dieser Steuern stellte sich im Jahre 1929 (ohne Vorortbahn) wie folgt:

Körperschaftsteuer	127 991,—	Mark
Vermögenssteuer	29 250,—	„
Umsatzsteuer	1 245,52	„
Industrieaufbringung	39 487,50	„
Hauszinssteuer	19 803,60	„
Grundvermögenssteuer	12 838,58	„
Gewerbesteuer	91 142,85	„
Gewerbelohnungssteuer	50 963,21	„
zusammen	372 722,26	Mark
dazu Beförderungssteuer	464 653,96	„
zusammen	837 376,22	Mark

Es sind dies bei einer Fahrgeldeinnahme von rund 8,3 Millionen Mark mehr als 10 Prozent. Nimmt man dazu, daß die Gesellschaft daneben noch an die Stadt für die Benutzung der Straßen eine Abgabe von 5 Prozent der Bruttoeinnahme zu entrichten hat, so ergibt sich, daß zur Deckung der Betriebskosten einschließlich der vertraglich oder gesetzlich notwendigen Rücklagen sowie einer möglichen Verzinsung des Aktienkapitals nur 85 Prozent übrigbleiben, also bei dem heutigen Preis eines Gekfahrtheins von 14 Pfennig noch nicht 12 Pfennig, bei dem Einzel-fahrtsein von 15 Pfennig etwa 12 1/2 Pfennig.

2. Steigerung der Gehalte und Löhne.

Die Beförderungssteuer nimmt als Bruttoeinnahme keinerlei Rücksicht auf die Steigerung der Betriebskosten insbesondere der Gehalte und Löhne, die seit der Einführung des 15-Pfennig-Tariffs stattgefunden hat. Die Stundenlöhne des Arbeiter- und Werkstättenpersonals der Straßenbahn seit 1. April 1924 zeigten folgende Zusammenstellung:

	1. 4. 24	1. 4. 25	1. 10. 26	1. 4. 27	1. 4. 29
Führer	42 Pf.	65 Pf.	72 Pf.	77 Pf.	88 Pf.
Schaffner	42 Pf.	61 Pf.	68 Pf.	73 Pf.	84 Pf.
Facharbeiter	47 Pf.	67 Pf.	74 Pf.	79 Pf.	90 Pf.
Angelernte	42 Pf.	61 Pf.	67 Pf.	72 Pf.	83 Pf.
Ungelernte	37 Pf.	54 Pf.	60 Pf.	65 Pf.	76 Pf.

Auch die Gehalte der Angestellten haben seit 1924 mehrfache Erhöhungen erfahren.

3. Erneuerungsarbeiten.

Die Steigerung der Gehalte und Löhne, die seit 1924 eingetreten ist, wirkt sich aber nicht nur unmittelbar bei den Straßenbahnbefahrern aus, sondern auch in den Rechnungen der Unternehmer, die für die Magdeburger Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft arbeiten. Insbesondere bewirkt sie im Zusammenhang mit der Tatsache, daß während des Krieges und der Inflation eine ordnungsmäßige Unterhaltung und Erneuerung der Anlagen der Straßenbahn nicht möglich war und auch seither diese Ausgaben noch lange nicht voll nachgeholt werden konnten, eine ständige Steigerung der Ausgaben für Erneuerung. In dem Vertrag zwischen Stadt und Straßenbahn ist auf Grund der Erfahrungen der Vorkriegszeit als Rücklage in den Erneuerungsfonds ein Betrag von 11 Prozent der ersten 10 (jezt 11) in der Gewinn- und Verlustrechnung aufgeführten Konten festgesetzt, tatsächlich hat jedoch dieser Satz bei weitem nicht ausgereicht, so daß in 1928 z. B. 17,5 Prozent aufgewendet werden mußten, um nur die tatsächlichen Erneuerungen zu bestreiten, ohne daß eine Rücklage für spätere Jahre möglich war.

4. Ergänzungen und Erweiterungen der Betriebsanlagen.

Wem Uebergang vom 10- zum 15-Pfennig-Tarif am 1. August 1918 entsprach es nur den damaligen wirtschaftlichen Verhältnissen, daß der Straßenbahn seitens der Stadt eine Reihe von Verpflichtungen zur Vornahme des im Vergleich zu anderen Städten außerordentlich stark veranschlagten Ausbaus des Straßenaahnekes auferlegt wurde. Die Ausführung dieser neuen Bahntreden erfolgte zum Teil in der Inflation, zum Teil jedoch nachher und erforderte die Inbetriebnahme nicht unbeträchtlicher Kapitalien. Das gleiche war auch notwendig zur Vornahme von Ergänzungen des Betriebes, namentlich hinsichtlich des Wagenparks, der Oberleitung und der Bahnhöfe. Die durch den Wohnungsbau erfolgte Schaffung neuer Siedlungen bedingte eine Verlängerung der Bahntreden und eine Beschaffung neuer Betriebsmittel. Eine solche war auch zur Verbesserung des Betriebes unbedingt erforderlich, indem an Stelle der kleinen Wagen insbesondere zur Bewältigung des Spitzenverkehrs bei Anfang und Schluß der Betriebe größere Wagen beschafft werden mußten.

Zur Unterbringung dieser Wagen waren Umbauten und Erweiterungen der Bahnhöfe notwendig, wie sie zurzeit erst an zwei Stellen, Budau und Wilhelmstadt, erfolgt sind. Endlich diente der Verbesserung des Betriebes auch die Erhöhung der im Vergleich zu anderen Städten überaus möglichen Geschwindigkeit, wofür zunächst die Vorbedingungen durch stärkere Motoren der Wagen, Einführung elektrischer Weichen, Uebergang von Rolle zu Riegel in der Oberleitung und Einführung von Gleichrichtern auf den Bahnhöfen zur Erhöhung der nach außen hin abfallenden elektrischen Spannung geschaffen werden mußten.

Das für alle diese Erweiterungen und Ergänzungen erforderliche Kapital konnte nur teilweise vom Betriebe selbst aus den vertragsmäßigen und gesetzlichen Rücklagen zur Verfügung gestellt werden, zum Teil mußte es angeliehen werden, wodurch bei dem hohen Zinsfuß für die Zukunft mit einer nicht unerheblichen Zinslast zu rechnen ist.

5. Soziale Fürsorge.

Die Inflation hat die erheblichen Kapitalien der besonderen Ruhegehaltsklasse der Straßenbahn, zu der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer Beiträge leisteten, so gut wie vollständig entwertet. Die Gesellschaft hat es deshalb als eine Ehrenpflicht betrachtet, im Interesse ihrer alten Bediensteten Ersatz zu schaffen und mit Zustimmung ihrer Generalversammlung die Wohlhabensklassen I für die Mitglieder der Ruhegehaltsklasse und II für die später hinzugegetretenen Arbeitnehmer gegründet und durch regelmäßige Zuwendungen ohne jede Leistung der Arbeitnehmer geehrt. Da auch die Beiträge der Sozialversicherung des Reiches infolge der Inflation verluste, des Hinterritts der Arbeitslosenversicherung und der steigenden Löhne in jetziger Zunahme begriffen sind, so ergibt sich auch hierdurch eine ständig höher werdende Belastung.

Es betragen im Jahre 1929 nach vorläufiger Feststellung

Aus Mitteldeutschland

Ein Innenmensch

Vor dem großen Schöffengericht in Burg hatte sich Johann Schröder von hier zu verantworten. Schröder ist als gewalttätiger Mensch bekannt; seine Wut kennt keine Grenzen wenn er angetanzen ist. Bei der bekannten Messerschlächt hätte er beinahe einen der Gebrüder G. zum Tode befördert. Schröder steht vor Gericht wegen eines Notzuchtverstoßes an seiner Schwester. In den Bahnhofsanlagen riß er ihr förmlich die Kleider vom Leibe. Einer Nachbarin schlug er mit der Faust ins Gesicht, trotzdem diese ein Kind in den Armen trug. Schröder flüchtete, wurde aber später festgenommen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Schröder 1 Jahr Zuchthaus. Das Gericht erkannte auf 10 Monate Zuchthaus, umgewandelt in 1 Jahr 7 Monate Gefängnis. Es kam in der Verhandlung deutlich zum Ausdruck, daß die Einwohner vor solchem Innenmenschen geschützt werden müssen.

Übermal's Unglück an der Todeskreuzung

An der Chausseekreuzung Wschersleben-Güsten-Neundorf ereignete sich ein schweres Motorradunglück. Ein Motorradfahrer, der aus Heddingen kam und eine Dame als Mitfahrerin hatte, fuhr in voller Fahrt auf ein besetztes Personenauto auf. Auf der Straße lag der Motorradfahrer auf der Straße liegen; die Dame flog in weitem Bogen auf einen Acker und trug ebenfalls schwere Verletzungen davon. Die Verunglückten wurden mit dem Auto, das auch beschädigt war, sofort ins Krankenhaus Stäfffurt gebracht. Der Zustand des Motorradfahrers ist bedenklich.

Todessturz vom Bierdegespann

Der Geschäftsführer Neubert aus Lieskau im Saalkreis fuhr mit einer Fuhrre Kalk nach Trotha. Auf dem Wege von Zeitlin nach Schiepzig stürzte er vom Wagen und wurde an der rechten Kopfschuppe vom Rade so schwer verletzt, daß der Tod eintrat. Man vermutet, daß es K., der schon längere Zeit an einer Magenkrankheit litt, auf dem Wagen über geworden ist. Er war verheiratet und hinterläßt mehrere erwachsene Kinder.

Todesfahrt mit dem Motorrad

Ein tödlicher Motorradunfall ereignete sich in der Nacht im Eingang des Dorfes Regenstedt. Der Maurer Wilhelm Vredel aus Idenrode hatte seine Verwandten in Ergleben besucht und fuhr auf dem Heimweg mit seinem Motorrad in Regenstedt über den Vorstein hinweg durch den Statetzbaum des Zimmermanns Quedenfeld. Als Schwerverletzte wurde der Motorradfahrer, da im Neuhaldensleben Krankenhaus kein Platz mehr war, nach dem Kohlenbergstift in Magdeburg gebracht, wo er gleich nach seiner Entlieferung seinen schweren Kopfverletzungen erlag. Wie der Unfall geschehen konnte, ist noch nicht völlig geklärt. Der Verunglückte muß, statt die Kurve nach links oder rechts zu nehmen, geradeaus gefahren sein. Er stand im 22. Lebensjahr. Sein Vater war während des Krieges ebenfalls tödlich verunglückt; er geriet unter die Straßenbahn in Magdeburg.

Mit dem Fahrrad in den Tod gerast

Ein Opfer allzu schnellen Nachfahrens wurde der Kaufmann Otto Lorenz aus Köthen. Er fuhr in voller Fahrt auf eine haltende Autobrosche auf, und zwar war der Anprall so heftig, daß Lorenz in hohem Bogen über seine Lenkstange hinweg mit dem Kopf durch die Türscheibe des Kraftwagens flog. Dem Bauernswerten wurde von dem Scheibenglas die Halschlagader durchgeschnitten, so daß er bereits nach kurzer Zeit an Verblutung starb.

80 000 Mark unterschlagen

Der bei einem Nordhäuser Rechtsanwalt und Notar seit langen Jahren beschäftigte Bürovorsteher Müller wurde unter dem Verdacht, große Unterschlagungen der ihm anvertrauten Gelder begangen zu haben, verhaftet und ins Gerichtsgefängnis eingeliefert. M. wird beschuldigt, sich größere Summen, die bei seinem Chef notariell hinterlegt worden waren, angeeignet zu haben. Man schätzt die Höhe der Beträge auf annähernd 80 000 Mark.

Siebzehn Rehe von Hunden zerrissen

In Wienerburger Jagdgebiet treiben sich wildernde Hunde seit längerer Zeit umher und richten überaus großen Schaden an. Bisher wurden 17 Rehe zerrissen aufgefunden.

Willkürakte eines Gutsbesizers

Auf dem Rittergut in Ermleben wurde 27 Landarbeitern gekündigt, da angeblich keine Arbeit für diese Leute vorhanden ist. Es handelt sich lediglich um Arbeiter, die im Landarbeiterverband organisiert sind. Dieser Willkürakt zeigt deutlich, daß die Herren von Tr und Palm mit aller Gewalt versuchen, die mühsam erreichte Arbeit der Gewerkschaften zu zerschlagen. Den Höhepunkt dieser Maßnahme bildet die Entlassung der Betriebsratsmitglieder, die zum Teil schon nahezu 20 Jahre im Betrieb tätig sind. Aber dieser Wille, der die Kündigungen damit begründen will, daß die Notlage der Landwirtschaft ihn zu diesem Schritte zwingt, unterhält nebenbei in Berlin noch einen Rennpferd mit 20 Pferden. Die Landarbeiter sollten sich auch diesen Fall merken, und sich mehr denn je mit aller Kraft gegen derartige Willkürakte der Besitzer schützen, indem sie sich rechtlos dem Deutschen Landarbeiterverband anschließen.

Burg

Durch den Sturm am Montag ist in der Rolkestraße erheblicher Schaden angerichtet worden. Von den Dächern der neuen Häuser wurde eine große Zahl von Dachziegeln abgerissen und auf den Bürgersteig und Straßendamme geschleudert. Es ist ein Wunder, daß keine Passanten von den Steinen getroffen wurden.

Der Rhönig-Prozess in Burg

Es konnte nicht anders kommen - Aufschlußreiche Zeugenvernehmung

Zu Beginn der Montags-Verhandlung nimmt Wurm bach Stellung zu den Fragen der Bilanzen und des Zusammenbruchs. Er hat hier und dort an; aber ein Ares Wild vermag er nicht zu entwerfen. Dann äußert sich der Sachverständige Schöpferich noch einmal eingehend über die Rhönig im Allgemeinen. Er kann dem Optimismus Kolsch noch weniger folgen als den Zukunftshoffnungen Wurm bach's. Wenn man 300 Silos im Jahre herstellen wollte, hätte man 1 1/2 bis 2 Millionen Mark zur Verfügung haben müssen. Kapitalbeschwerden waren ein Dauerzustand bei der Rhönig. Vor allen Dingen hätte man früh genug mit veralteten Kalkulationen brechen müssen. Es ist auch, obwohl auf die zu hohe Provision des Herrn Kolsch hingewiesen wurde, keine Klendrung getroffen, noch eine Nachkalkulation aufgestellt worden. Die Unkosten hätten doch zumindest zum Teil wieder einkommen müssen. Wurm bach habe angeführt, die Prospektive und Preislisten seien für das Jahr 1926 angefertigt gewesen, man hätte eine Klendrung der Preise nicht mehr vornehmen können. Wenn man wisse, daß man mit Verlust wirtschaftet, sei jeder Zeitpunkt maßgebend, neue Preise aufzustellen oder die Produktion einzustellen. Auch die von Wurm bach viel genannte Nachkalkulation sei nicht richtig. Die später festgestellten Aufschläge seien nie so hoch gewesen, um die 25 Prozent Vertreterkosten zu decken.

Fälschungen in den ersten Status seien weitergelaufen.

Schon im Juli 1927 habe die Bilanz fast den gleichen Minusbetrag aufweisen müssen als im November, denn der Unterschied sei ganz unbedeutend.

Der Gründungsbetrag sei wohl zu niedrig gewesen. Allerdings sei von Vertretern der Stadt zum Ausdruck gebracht worden, die Stadt wolle weitere Mittel zur Verfügung stellen. Auch die Stadtparlatie habe ja erhebliche Kredite gegeben. In der ersten Zeit funktionierten die Silos nicht. Die Silierungsmaschinen seien mangelhaft gewesen. Der von Kolsch versprochene Antriebs- und Dichtungsfeld wurde von Kolsch nicht geliefert. Nach sehr langen Verjuchen Klappte der Silobau endlich. Diese Verjuche kosteten der Rhönig eine Stange Geld. Der Konfuzerwalter fand nach dem Zusammenbruch noch 20 Silierungsmaschinen auf dem Hof, die zum Alteisen geworfen waren. Auch die Scheibenverjuche schlugen daneben; kosteten viel Geld, brachten aber nichts ein. Die Scheiben platzten, da sie gebogen waren, sehr leicht. Entgegenkommende Fahrer wurden zwar nicht geblendet, aber der Fahrer im eignen Wagen sah auch nichts. Dem Konfuzerwalter gelang es nicht, die Scheiben zu versetzen.

Diese Tatsache mag die Qualität und Güte der Scheiben genügend kennzeichnen. Die Nachfolgerfirmen der Rhönig machten auch alle Plicte. Ein Zeichen dafür, wie schwierig der Silobau ist, oder wie schwierig sein Abjag. Der Zeuge Morhard war früher kaufmännischer Direktor bei der Rhönigischen Maschinenfabrik, bei der auch Wurm bach als technischer Direktor angestellt war. - Einen Posten transitorischer Arbeiter hat er nie im Leben gesehen. Wurm bach hat er nur als anfänglichen Kollegen und brauchbaren Mitarbeiter kennengelernt. Die erste umfassende Aussage über Entstehung und Entwicklung der Rhönig macht der Zeuge Fißel: Die Arbeitslosigkeit in den Jahren 1925/26 war so erjchredend groß, daß die Stadt Burg alles verjuchte, dieser riesenhaften Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Diesbezügliche Verhandlungen mit Regierungsstellen blieben erfolglos. Gelegentlich der Einholung einer Forderung, die das Berlin-Burger-Gewerwerk an den ehemaligen Direktor Kolsch richtete, sprach ich mit Herrn Kolsch, der mir dann die Siloproduktion empfahl. In großen Zügen schilderte er mir damals sein Produktionsprogramm.

Dabei ist nicht, wie vielfach behauptet wird, Sekt in Strömen geflossen,

sondern ich habe mit Kolsch diese Angelegenheit nur etwa 10 Minuten lang in einem Büro besprochen. Es ist von mir lediglich angeregt worden, Kolsch solle die Verhandlungen mit der Stadt anbahnen. Mit Herrn Franke zusammen wurde ich dann beauftragt, einen solchen Silo zu besichtigen. Kurz vor der Abreise lehnte Herr Franke jedoch ab. - Ich gewann die Ueberzeugung, daß der Silobau eine lohnende Sache sei. Das glaube ich heute noch. Schwierig war damals nur die Beschaffung eines Geschäftsführers. Kolsch war als Betrüger hingerichtet worden; an ihn konnte gar nicht gedacht werden. Schließlich fand ich ein Geschäftsführer, der der bürgerlichen Fraktion genehm war: Herr Wurm bach. Einige Herren der bürgerlichen Fraktion machten ihre grundsätzliche Einstellung zu einem Kommunalbetrieb zu einer Feindschaft, die so weit ging, daß sie erklärten: „Wir werden dieses Kind töten, sobald es uns möglich ist.“

Wir mußten uns mit Wurm bach abfinden,

denn nur er war der bürgerlichen Fraktion genehm. Herr Liebl war von mir für den Firmenbetrieb vorgeschlagen. Später ist Liebl von Wurm bach ausgeschaltet worden. Erst am 31. Dezember 1926 trat ich in den Aufsichtsrat ein. Damals hatten alle Aufsichtsratsmitglieder noch die feste Zuberjacht: Wurm bach wird die Sache schon machen. Damals machte Wurm bach gute Hoffnungen für das Jahr 1927. In dieser ersten Sitzung wurde aber schon der engere Ausschuß gewählt, der sich um die internen Geschäftsangelegenheiten kümmern sollte. Diesem Ausschuß gehörten Stollberg, Schönberg und Meinelke an. Die Tatsache, daß die bürgerliche Fraktion den 110 000-Mark-Kredit beantragte, ließ in uns den Glauben aufkommen, die bürgerliche Fraktion hat jetzt Vertrauen zur Rhönig gefaßt. Man gab das Geld nicht mit Mißtrauen. Herr Schulz vertrat die Auffassung, es ließen sich allein

in Burg's engerer Umgebung 300 Silos absetzen.

Wir haben einmal versucht, die Stadtbankangelegenheit zur Sprache zu bringen. Eine Besprechung wurde vom Oberbürgermeister abgelehnt. Ich habe auch, als ich von gewissen Zuständen bei der Rhönig hörte, zu Wurm bach gesagt: Die Rhönig sei keine Wohlfahrtsanstalt, sondern eine Einrichtung der Stadt, deren Geld er verwalten müsse wie sein eigenes. Mit dem Verlust von 7000 Mark Ende 1926 gaben wir uns zufrieden. Ueber den weitem Stand des Geschäftes hörten wir nur wenig. Stollberg wehrte sich einmal energijch gegen Wurm bach's Kumperei. Die Bilanz vom Juli 1927 wurde von Stollberg als Schwindel bezeichnet. Wurm bach erklärte, wir hätten nichts verloren und ständen glänzend da. Zweimal bin ich von Herrn Wurm bach geulächelt worden. In der Angelegenheit Ahlemann und in der Frage der Autokäufe. Im Juli standen alle Aufsichtsratsmitglieder auf dem Standpunkt: Wurm bach hat uns beschwindelt. Dann wurde ein neuer Status verlangt. Auch Herr Schönberg war angesichts der transitorischen Aktien unangenehm zumute. In der folgenden Sitzung im November wurde dann die erste richtige Bilanz Wurm bach's mit 122 000 Mark Defizit vorgelegt. In der kurz darauf stattgefundenen ersten Gläubigerversammlung wurde Wurm bach von Stollberg als technisch unfähig und kaufmännisch als Kind bezeichnet. In der Aufsichtsratsjitzung vom gleichen Tage forderte Stollberg freijlose Entlassung Wurm bach's. Die bürgerlichen Mitglieder sagten aber: „Das können wir doch nicht machen!“ Wurm bach bestreitet einige Aussagen und kann sich im übrigen auf nichts besinnen.

Wie die Magdeburgische Zeitung schwindelt

Ein Vorbefrafter heßt gegen Sozialdemokraten.

Die „Magdeburgische Zeitung“, die „vornehme“ Zeitung des Bürgertums, legt es darauf an, im Lome des Gassenjungen die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in der unsachlichst und persönlichst Weise anzurempeln. In derselben Zeitungsjnummer, in der die Magdeburger Stadtverordneten Klumborn und Baer in der gehässijgsten Weise verunglimpft werden, wird auch ein Bericht veröffentlicht über eine

Gemeindevertreter-Sitzung in Pömmelte

und der Landrat Bog in persönlicher und unsachlicher Weise von einem gewissen A.-K.-Berichterjstatter der „Magdeburgischen Zeitung“ angegriffen, nur deshalb, weil der Landrat Sozialdemokrat ist. Der Bericht, der aus der Gemeinde Pömmelte gegeben wird, jtroßt von Unwahrheiten.

Der bürgerliche Gemeindevertreter Kersten aus Pömmelte hatte beim Kreisaußschuß Einspruch erhoben gegen die Gültigkeit der Wahl, weil auf der sozialdemokratischen Liste ein Mann stand, der seine Zustimmungserklärung auf dem Wahlvorjschlag nicht selbst gegeben hatte. Seine Frau hatte die Unterschrift für ihn gegeben. Die Wahl dieser Person, die an sechster Stelle auf der Liste stand und die nicht mitgewählt war, mußte selbstverständlich beanstandet werden. Das ist auch geschehen durch die sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Sie haben entsprechend dem § 6 des Gemeindewahlgesetzes vom Jahre 1924 die Wahl dieser Person für ungültig erklärt. Damit war der Einspruch

der bürgerlichen Vertreter hinfällig. Der Landrat hat den Beschluß der ersten Gemeindevertreter-Sitzung über die Gültigkeit der Wahl beanstandet, weil aus dem Protokoll nicht hervorjgung, daß so, wie oben geschildert, verfahren worden sei. Es hat eine neue Sitzung stattgefunden, die über die Gültigkeit der Wahl Beschluß gefaßt hat, und in dieser Sitzung haben sechs Gemeindevertreter die Wahl für gültig erklärt, drei waren dagegen; ein Vertreter des Bürgertums erklärte die Wahl für gültig.

Die „Magdeburgische Zeitung“ teilt auch mit, man rede davon, daß 17 Ausländer mitgewählt haben. Fest steht, daß diese Ausländer naturalisiert worden sind. Sie sind schon 26 bis 30 Jahre in Pömmelte ansässig. Ihre Naturalisation ist 1924 erfolgt.

Zu diesen tatsächlichen Feststellungen gegenüber dem Unjinn, den die „Magdeburgische Zeitung“ über die Sache verbreitet hat, ist es noch von Interesse, mitzuteilen, daß sich die „vornehme“ „Magdeburgische Zeitung“ eines Mitarbeiters bedient, des mehrere Male

wegen Eigentumsvergehens

und noch schlimmern Delikten mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gekommen ist und längere Zeit hinter schwedischen Gardinen zugebracht hat. Die „Magdeburgische Zeitung“ nimmt keinen Anstoß daran, ausgerechnet diesen Mann auf die Sozialdemokratie loszulassen. Das ist der beste Beweis dafür, mit welchen schmutzigen Mitteln die „vornehme“ Zeitung des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie kämpft.

Magdeburgs größte Schuhmacherei

Max Zabel

Liefert die stärksten Sohlen. Billigste Preise

Sauberste Arbeit

Auf Sohlen kann gewartet werden. Ueber 1000 Kunden bezeugen die Reellität meines Geschäftes. Täglich wird mein Kundenkreis größer. Damen-Schuhe werden leicht und doch kernig besohlt. Umsonst besohle ich, wenn Ihre Sohlen nicht halten. Bitte meine werten Kunden, mich bei Ihren Bekannten weiter zu empfehlen.

Gleichfalls suche ich in allen Stadtteilen Magdeburgs sowie in Klein-Otterleben (Zentrum), Groß-Otterleben (Halberstädter Straße, Nähe Apotheke) und in Bennersleben

Annahmestellen

Hauptgeschäft: Jakobstraße 49 1 Minute vom Alten Markt

Zweiggeschäfte: Gartenstadt Reform, Groß-Otterleben, Telk. Winkel 1 u. 2

Durch Jahrhunderte daselbe Lob

Immer wieder ist auf die Bedeutung des Köprijer Schwarzbieres, das blutbildende Stärkungsgetränk, hingewiesen worden. Generationen haben es täglich mit Wehagen getrunken. Alle Sturmen, Genesenden, Schwachen, aber auch Herböse und Ueberarbeitete sollten daher täglich ihre Flasche Köprijer Schwarzbier trinken. Eine durchgreifende Kräftigung des gesamten Organismus und einfrischen und sie werden sich wieder wohl und frisch fühlen. Zu haben in allen Bierhandlungen und in allen durch Kataloge kenntlichen Geschäften.

Textbücher emofiehlt Buchhdlg. Volksstimme

La Chaiselongues

50 an Aufstegmatten lauti man reell u. preiswert nur ab. Polstermerit

Schumann

Blauweilr. 3. Anarbeiten u. modernisieren aller Polsterstücken Rein Sad. daher gering. Unkosten u. niedr. Preise

Federbett

mit volem Inlett für 52 Mk. zu verkaufen. Goethestraße 37.

Ham- u. Herr-Maschen

verleiht Saiten, Vorgesetz. 4. Hof-Expre

Grober Vohren

Garderobenschranke u. etche ausbaum bnde, eisenbetulzen

billig abzugeben. Telk. Winkel 1 u. 2

Magdeburg Alter Markt

Masken-Verleih Möbes

Fischelstraße 29 Tel. 5225 Romm. u. ausw. etg. Auto

Der wahre Jacob

reklamiert 16. Sellen Preis 30 Pfennig

Buchhdlg. Volksstimme

Ankauf

Hühne und Welchen

alle Farben. Meyer, Marktstr. 10a

Hühne

u. Welchen faule täglich höchst abend u. Neben und abzu zu vert.

Eitner, Lessingstr. 26

Fertige Anzüge und Mäntel bekommen Sie bei mir immer, nicht nur im Ausverkauf, für die Hälfte des Preises, schon von 40 Mark an. Prima Selbstanfertigung in der besten Zeit. Otto Fische, Gartenstadt Reform, Gedenweg 6.

Rochbücher einzeln Hanshal

von 2.00 Mark an. Buchhdlg. Volksstimme

Amtliche Bekanntmachungen

Deffentliche Steuerermäßigung

Folgende im Steuerkalendar für Januar d. J. (Magdeburger Amtsblatt Nr. 53) näher erulärten und am 15. d. M. jähigen Steuern und Gebühren nebst 10% Jahreserjagungen sind, soweit sie nicht über diesen Zeitpunkt hinaus gemindert sind, zur Ermäßigung der Zwangsvollstreckungsjahres bis zum 20. Januar d. J. an die hiesige Steuerkass

zu erulären

1. Gewerbesteuerermäßigung nach der Substanz für Dezember 1926 bzw. Oktober bis Dezember 1926

2. Grundvermögensteuer (staatliche und kommunale) für Januar 1927

3. Hauszinssteuer für Januar 1927

4. Grundvermögensteuer für Dezember 1926

5. Grundsteuer für Januar bis März 1927

Magdeburg, den 6. Januar 1927. Der Magistrat - Steuerverwaltung.

